

Bezugspreis:

Stichtag 1.30 M., monatl. 2.50 M., freilich Haus-zuständig. Einzelne Nummern 10 Pfennig. Postbezugs: monatlich 1.50 M., erst Aufstellungsgeld 1.00 M. Anzeigensatz für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 75 Pf., für das übrige Ausland 90 Pf. Bei täglich einmaliger Aufstellung 75 Pf. Bei halbtägigen Aufstellungen nehmen in Deutschland, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz, eingetragen in die Post-Verzeichnisse.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntag, einmal.

Telegraphische Adressen:

„Sozialdemokratischer Verein“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Zentralredaktion: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Sonnabend, den 12. April 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Zentralredaktion: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Anzeigenpreis:

Die schreibweise Kompositionelle...
1.20 M., kleine Anzeigen...
2.00 M., große Anzeigen...
3.00 M., große Anzeigen...
4.00 M., große Anzeigen...
5.00 M., große Anzeigen...
6.00 M., große Anzeigen...
7.00 M., große Anzeigen...
8.00 M., große Anzeigen...
9.00 M., große Anzeigen...
10.00 M., große Anzeigen...

Der Ruhrstreik vor dem Ende.

Böschung, 11. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)
Die heute im Bochumer Hof tagende Konferenz der Bergarbeiterverbände beschloß mit 317 gegen 82 Stimmen die Wiederaufnahme der Arbeit unter folgenden Bedingungen:

- 1. Die Siebenkündensicht einschließlich Ein- und Ausfahrt für den einzelnen Mann unter Fortzahlung der bisherigen Löhne wird sofort eingeführt.
2. Die Reichsregierung beruft eine Kommission, die die Frage der Einführung der Sechskündensicht prüft und geeignete Vorschläge macht.
3. Daß eine bessere Versorgung der Industriebezirke mit Lebensmitteln baldigst eintritt.
4. Daß das Krankengeld im allgemeinen erhöht wird, so daß in der höchsten Klasse bei drei Kindern ein Krankengeld von 7,50 M. gezahlt und das Sterbegeld erhöht wird.
5. Daß die Steuerzulage für die bedürftigen Reichsinvaliden, Witwen und Waisen zu verdoppeln ist.

Essen, 11. April. Die vier Bergarbeiterverbände erlassen einen längeren Aufruf an die Bergarbeiter des Ruhrreviers, in dem sie unter Hinweis auf die zwischen der Regierung und den Bergarbeiterverbänden erzielte Einigung ernst und dringend zur Wiederaufnahme der Arbeit auffordern.

Gelsenkirchen, 11. April. (Privattelegramm des „Vorwärts“.)
In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurde der erste Beigeordnete von Wedelstaedt, der seit 23 Jahren in der höchsten Stelle tätig ist, an Stelle des nach der Revolution abgesetzten Oberbürgermeisters Roden einstimmig zum Oberbürgermeister gewählt. Das neu geschaffene Amt wird durch den Stadtverordneten Arbeitersekretär Sprenger (Zentr.), das Wohnungsbau durch den Genossen Stadtverordneten Siegler besetzt. Die beiden zu Beigeordneten Gewählten entstammen den Arbeiterkreisen.

Essen, 11. April. Der Streik auf der Krupp'schen Gießerei ist im Abnehmen begriffen. Die Zahl der Arbeitwilligen steigt. Heute sind rund 75 Prozent gegen 66 Prozent gestern zur Arbeit erschienen.

Auch aus dem Ruhrgebiet vorliegende Meldungen lassen ein Abflauen der Streikbewegung erkennen. In 15 von 20 Bergrevieren nahm die Zahl der Ausständigen ab. Die Belegschaften dreier Zechen des südlichen Reviers sind vollständig angefahren. Die Gesamtzahl der Streikenden beläuft sich auf 163 591 gegen 167 005 in der gestrigen Frühstunde.

Die Opfer in Düsseldorf.

Der Kampf um Oberbill.

Düsseldorf, 11. April. Die Streikkommission hat nachmittags 7 Versammlungen einberufen zur Entgegennahme des Berichts über die Streiklage und fordert in einem Aufruf an die Arbeiterschaft auf, eiserne Ruhe, Ordnung und Disziplin zu halten, nicht zu provozieren und sich nicht provozieren zu lassen. Die Bewegung gleitet immer mehr in das spartakistische Fahrwasser hinein. Die Parfadenbauten im Stadtteil Oberbill wurden durch Schützengräben und Steinmauern mit Schießscharten stark befestigt. Aus Häusern und von den Dächern wird auf die Soldaten geschossen. Ingesamt sind bisher über 100 verletzte Zivilisten in die Krankenhäuser eingeliefert worden. Zwei Soldaten, die von der Menge angefallen und mißhandelt worden waren, wurden in den Rhein geworfen; einer erkrankt, der zweite konnte sich retten. Gegen Mittag kam es in der Gegend des Bahnhofes wieder zu einer schweren Schießerei mit Handgranaten und Maschinengewehren.

Ein Sturm der Spartakisten auf den Düsseldorfer Hauptbahnhof wurde von Regierungstruppen abgeschlagen.

Düsseldorf, 11. April. (WZ) Wie wir von zuständiger Seite hören, beträgt die Zahl der Opfer bei den Unruhen der letzten Tage auf Seiten der Spartakisten bis mittags etwa 20 Tote und 50 Verletzte. Auf Seiten der Regierungstruppen sind bis jetzt 3 Tote und 24 Verwundete gemeldet, bei dem gestrigen verlustreichen Putz auf den Bahnhof wurde das Postgebäude stark beschädigt.

Düsseldorf, 11. April. Die heute nachmittags von der Generalkommission einberufenen sieben Arbeiterversammlungen beschloßen, den allgemeinen Ausstand so lange fortzusetzen, bis die Regierungstruppen den letzten Schuß in Düsseldorf abgegeben haben. Die Arbeiter des Städtischen Gas- und Elektrizitätswerkes sind aus neue in den Ausstand getreten. In der Bahnhofsgasse und im Stadtteil Oberbill wird heftig gekämpft. Die Regierungstruppen haben auch Kleinwerfer in Tätigkeit gesetzt.

Bayerns rechtmäßige Regierung.

Bamberg, 11. April. Die morgige Nummer des „Freistaat“, des jetzigen Regierungsorgans, veröffentlicht folgende Bekanntmachung des Justizministeriums: Das Ministerium des Freistaates Bayern setzt sich zusammen wie folgt: Minister des Innern und Kultus Hoffmann, Minister des Innern Segitz, Minister für Landwirtschaft Steiner, Minister für Handel und Industrie Segitz, Finanzminister in Vertretung Dr. Haller, Verkehrsminister in Vertretung Kalkbrenner, Minister für soziale Fürsorge in Vertretung Gasteiger, Minister für militärische Angelegenheiten Schneppenhorst, Justizminister Endres.

Die Komödie in München.

Rürnberg, 11. April. Das Kommando des 3. A. M. teilt über die Lage in München mit, daß die Kommunisten versucht haben, die unabhängigen Volksbeauftragten zu kürzen. Gegenwärtig herrschten in München zwei jogen. Zentralräte, die sich gegenseitig bekämpften. Der eine von ihnen, mit Dr. Lebic an der Spitze, befindet sich im Münchener Kindl-Keller, der andere im Wittelsbacher Palais. Die Gewalt der Räte steht vor dem Zusammenbruch. Das ganze Militär steht auf Seiten der Regierung. Hoffmann und sei empört über die Lügen nachrichten, durch die gegenwärtige Lage in München geschaffen worden sei. Für die Bevölkerung sei der Zustand unerträglich. München sei von außen vollkommen abgeschlossen, in der ganzen Stadt gebe es keinen Tropfen Milch und kein Stück Vieh mehr. Auch die Kohlenvorräte gingen zu Ende, so daß ein Teil der Betriebe nicht mehr arbeiten könne. Der drahtliche Verkehr nach München sei gesperrt, dagegen werde der Personerverkehr aufrecht erhalten.

Rürnberg, 11. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)
Die Münchener Komödie wird zur Tragödie. Kaum, daß das neue kommunistische Kabinett Lebic-Rühmann-Aloy zusammengetreten ist, beginnen auch schon Auseinandersetzungen in bolschewistischem Tone. Der närrische Stoffe-handwerker Rühmann hat mit seinen Anhängern seinen Kollegen Lebic verprügelt und ist dann selbst das Opfer einer Gegenaktion Lebic's und seiner Anhänger geworden. Mittlerweile soll auch der Dritte im Bunde, der Revierpolier Aloy, bereits seine Haut verloren haben.

München ist in einer fürchterlichen Situation. Das ganze Land steht gegen die Hauptstadt einmütig zusammen. Die Stadt ist rings herum abbesetzt. Die Truppen, die das Sparta-Kästchen tollends auszuheben sollen, sind bereits bis Regensburg vorgeückt. Seit gestern gibt es in der Stadt weder Milch noch Rindfleisch. Kohlen sind nur noch für einen Tag vorhanden, weil alle nach München bestimmten Transporte angehalten worden sind.

In Nürnberg herrscht Ruhe. In Fürth haben die mutigen unabhängigen Räteführer, dem Beispiel der Unabhängigen im Berliner Volksrat folgend, auch vor der eigenen Courage bekommen und das Gemeinderatskollegium und den Magistrat, die ihre Funktionen niedergelegt hatten, erzwungen, an ihrer Stelle die Herrschaft wieder auszuüben.

Der unabhängige Minister Simon ist aus der Regierung ausgeschlossen, weil angeblich der Ministerpräsident Hoffmann Gegner des Systems wirtschaftlicher Arbeiterräte sei. Das ist durchaus falsch. Hoffmann weigert sich lediglich, durch Jubiläum politischer Rechte an die Räte, die Demokratie zu verlegen.

Berlin, 11. April. (Nachricht der Telegraphen-Kompagnie.)
Von Seiten der Reichsbank ist die Überweisung von Renten nach München eingestellt worden. Eine Maßnahme, die der Münchener Regierung aus dem Grunde äußerst unangenehm sein dürfte, da sie nicht imstande ist, Renten herzustellen zu lassen. Die für die Herstellung von Papiergeld benötigten Platten sind nämlich vor Beginn der Unruhen aus der bayerischen Hauptstadt entführt worden.

München, 11. April. Der Provisorische Revolutionäre Zentralrat hat einen Aufruf erlassen, in dem es heißt, die Einigung des revolutionären Proletariats sei unbedingt notwendig. Die Gegenkräfte zwischen dem Zentralrat und der kommunistischen Partei Deutschlands seien nicht grundsätzlicher Natur. Die Betriebsratswahlen würden schleunigst im ganzen Land durchgeführt. Zur Sicherung der jungen Republik seien die wichtigsten Anordnungen getroffen, die rote Armee sei im raschen Vorwärts. Die Petroffnung des Proletariats sei begonnen, die Entwaffnung der Bourgeoisie sei angeordnet. Die Forderungen des Streikes der Proletarier erziele nur die Reaktion, daher sei gemeinsame Arbeit notwendig.

Strenges Gericht!

Von Erich Küttner.

Der Grundgedanke des Gesetzes über die Errichtung eines Staatsgerichtshofes kommt sicher dem Wünsche breiterer Volksmassen entgegen. Die ungeduldige Erwartung, daß endlich den Schuldigen des Weltkrieges der Prozeß gemacht werde, entspringt einem sehr gesunden und durchaus natürlichen Rechtsempfinden. Wenn ein reaktionäres Blatt, wie die „Täg. Rundschau“, die Aufständigung des Gesetzes mit böhnischem Verlegenheitsgelächter aufnimmt, so verbirgt sich hinter dieser Maske das abgrundtiefste Gewissen der ganzen Clique, die sich während des Krieges um das Banner der alldeutschen Presse scharte. Die „T. R.“ möchte dem Gesetz bereits eine Ablehnung durch die Nationalversammlung vordreschicken; — wie heiß mag der Wunsch sein, der den Gedanken gezeugt hat!

In Wirklichkeit wird sich die Nationalversammlung hüten, mit der Ablehnung eines Gesetzes, dessen Notwendigkeit von dem Rechtsgefühl aller Deutschen mit verschwindenden Ausnahmen bezeugt wird, einen Entlastungsakt zu beschwören, der dem Ansehen dieser Störverschöpfung einen gefährlichen Stoß geben könnte. Im Gegenteil: Die Nationalversammlung wird sich sagen müssen, daß der vorliegende Gesetzesentwurf nur in sehr bescheidenem Maße dem Rechtsverlangen des betroffenen Volkes Rechnung trägt. Der Entwurf will alle diejenigen zur Verantwortung ziehen, die zum Ausbruch, zur Verlängerung und zum Verlust des Krieges militärisch oder politisch beigetragen haben. Angesichts der ungeheuren Schuld, mit der Personen, die dieses Verbrechen für schuldig befunden werden, gegenüber dem Volke belastet sind, erscheint der Gesetzesentwurf viel zu milde.

Gewiß können rein politische Vergehen nicht ohne weiteres mit Verbrechen gegen die Bestimmungen des geschriebenen Strafrechts auf eine Stufe gestellt werden. Es handelt sich um Verletzungen, für die zur Zeit ihrer Begehung kein Gesetzesparagraf vorhanden war, noch dem man sie ahnden konnte. In allgemeinen gilt nun der Grundsatz: kein Gesetz — keine Strafe. Aber hier handelt es sich um Taten von so ungeheurer Tragweite, daß das gesamte Rechtsempfinden darunter leiden würde, wenn sie aus formal-juristischen Gründen ungeahndet blieben.

Das Gesetz auch der Entwurf zu, indem er den Uebertretern auch eine Strafe in Aussicht stellt, eine Strafe, die freilich nur verhängt werden kann, nicht muß. Schon das ist ein Fehler. Wer in dem vom Gesetz bezeichneten Sinne für schuldig befunden wird, der muß unter allen Umständen auch bestraft werden. Um ihn straffrei zu lassen, dazu sind die Folgen seines Handelns zu entsetzlich gewesen.

Der Entwurf geht offenbar davon aus, weil es sich hier um politische Verurteilungen, nicht um gemeine Verbrechen handelt, daß die Hauptstrafe in einer öffentlichen moralischen Beurteilung bestehen müsse. Angerem aber hält er wir Recht eine Unschädlichmachung der Täter, wenigstens faktitiv, für geboten und sieht deshalb einen Ausschluss der Schuldigen vom öffentlichen Leben vor, der ungefähr — nicht ganz — der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte unseres Strafgesetzbuches entspricht. Gewiß sind wir nicht für ziellose Rachsucht, wir wollen den Unterschied zwischen politischen und gemeinen Verbrechen auch in diesem anherren Halle aufrechterhalten. Aber wenn man auf politische Vergehen eine politische Strafe setzt, so soll man in diesem Falle nicht zögern, die schwerste politische Strafe zu verhängen, die gleichzeitig auch die wirksamste Unschädlichmachung der Täter bedeutet.

Schon die Demokratie des Altertums konnte für politische Schädlinge die Strafe der Verbannung. Diese erscheint auch hier angemessen. Die Männer, die das deutsche Volk in namenloses Unglück getürzt haben, sind des Unverwundbarkeitsverlustig, künftig noch zu der Gemeinschaft des Volkes zu gehören. Nicht nur rechtlich, sondern physisch muß ihre Aussonderung aus dem Volkskörper vollzogen werden. Mögen sie weiterleben, — aber nicht mehr als Glieder des deutschen Volkes.

Dazu muß das Gesetz auch so gefaßt werden, daß es wirklich gelingt, alle Schuldigen mit seiner Hilfe zu erfassen. Die Begrenzung „Schuld am Ausbruch, an der Verlängerung, am Verlust des Krieges“ erscheint uns zu eng, oder es müßte denn ausdrücklich gesagt werden, daß alle Völkerverbrecher, alle Grausamkeiten, alle Uebertreiffe, auch wenn ihre unmittelbaren

Folgen dies nicht die Zeit zeigen, als Umstände anzusehen sind, die zur Verlängerung bzw. zum Verlust des Krieges beigetragen haben. Alle Schuldigen an der Neutralitätsverletzung gegenüber Belgien, am uneingeschränkten U-Boot-Krieg, an den Vergewaltigungen fremder Völker im Osten, auch an dem unerhörten Bruch des mit der Sowjetrepublik geschlossenen Waffenstillstandes und noch an vielen anderen Dingen müssen zur Verantwortung gezogen werden. Dabei denken wir auch an die Personen, die mit den Mitteln der Zensur und Pressefreiheit systematisch verhindert haben, daß das deutsche Volk die Wahrheit erfahre, und schließlich auch an die, die in der Presse zum Kriege gehet und zu Verletzungen des Völkerrechts sowie zur Vergewaltigung anderer Nationen aufgefordert haben. Ein Reventlow darf sich nicht dahinter verkrühen, daß er während des Krieges kein offizielles Amt gehabt habe. Zur Verantwortung gezogen werden müssen auch die Leute, die das Leben deutscher Soldaten durch ihre Einmischung in die inneren Angelegenheiten Binnlands und der Ukraine aufgeopfert haben.

Der urteilende Gerichtshof selber muß schließlich strengste Gewichte dafür geben, daß in ihm keine Gelinnungsgenossen der Angeklagten sitzen. Bei der besonnenen reaktionären Gesinnung der hohen Beamten des alten Systems erscheint und die Hinzuziehung von fünf Gerichtspräsidenten gefährlich, namentlich wenn bereits, wie bei unseren ordentlichen Gerichten, eine Minderheit der Richter genügen sollte, um den Freispruch herbeizuführen. Ein Gerichtspräsident würde vollkommen genügen. Da Nationalversammlung und Staatsauschuss in der Wahl der von ihnen zu ernennenden Mitglieder unbeschränkt sind, so steht es ihnen frei, eine genügende Anzahl rechtskundiger Personen in den Gerichtshof zu delegieren.

Es besteht alle Ursache, den Staatsgerichtshof so auszugestalten, daß sein Urteil von den Betroffenen als höchster Ernst empfunden wird. Er soll der Mittel- und Nachwelt deutliche Kunde davon abgeben, daß die Reiten vorher sind, in denen man die kleinen Diebe mit größter Feindschaft hängte, in denen aber die größten Menschheitsverbrecher ungestraft und gar noch geehrt und geachtet herumliefen. Wir hoffen und verlangen, daß die Nationalversammlung den Entwurf in diesem Sinne ausbaut.

## Sozialistische Kundgebung in Paris.

Zum Gedenken von Jaurès.

Paris, 11. April. Nach einem Bericht der „Humanité“ gehalten sich der Umzug zu Ehren des Andenkens von Jaurès am vergangenen Sonntag zu einer eindrucksvollen Kundgebung. Mehr als 300 000 Manifestanten nahmen daran teil. Nigends war wie die „Chicago Tribune“ meldet, in Demonstrationen die Tricolore zu sehen, nur rote Fahnen wurden im Zuge der einzelnen Gruppen vorgetragen. Offiziere und Soldaten in Uniform marschierten Arm in Arm mit den Zivilisten. Teilnehmer an dem Umzuge erklärten dem Korrespondenten der „Chicago Tribune“: Diesmal zeigen wir nur unsere Stärke, das nächste Mal werden wir sie gebrauchen.

Genf, 11. April. (E. A.) Die „Internationale“, das Organ der allgemeinen Arbeiterkonföderation, veröffentlicht einen Aufruf, in dem zur Bildung einer kommunistischen Partei aufgefordert wird. In dem Aufruf heißt es: Die Arbeitermassen ähneln vor Angehens, sie wollen das Reich des Gloriums abwerfen und sich der moralischen Leiden entziehen, die sie fünf Jahre lang erdulden mußten. Genug mit den Widersprüchen! Unser Versuch, die allgemeine Arbeiterkonföderation zu der Haltung und der Handlungsweise, die sie vor dem Kriege eingenommen hatte, zurückzuführen, hat vereitelt worden, während alle unsere Voraussetzungen hinsichtlich der Kriegswirkungen sich zu verwirklichen begannen. Die Reaktion, die wir bekämpfen wollten, bilanziert ihren Willen, der Militarismus, den wir vernichten wollten, tritt das Land mit Füßen. Nachdem die zweite Internationale versagt hat, wird nunmehr in dem Aufruf die dritte Internationale verlangt.

## Baut Hülsenfrüchte zur Trockenfruchtgewinnung.

Von Max Hessdörffer.

Im Verlauf der Kriegszeit sind Hülsenfrüchte, Linsen, Erbsen und Bohnen, vollständig aus dem Verkehr verschwunden. Ihr Fehlen ist tief bedauerlich, da sie ein höchst wertvolles seitdemisches Nahrungsmittel liefern könnten.

Die Linse ist ausschließlich Feldfrucht, die in Deutschland kaum angebaut wird, Erbsen und Bohnen sind dagegen auch viel angebaut. Gartenfrüchte, von denen in den Gärten aber meist nur die unreifen Hülsen, fälschlich Schoten genannt, geerntet werden. Weltweitvoller als diese sind aber die reifen Trockenfrüchte für die menschliche Ernährung, und zwar durch ihren hohen Fett- und Eiweißgehalt.

Die Erbsen sind anspruchsloser an Bodengüte und Bodenfeuchtigkeit als die Gartenbohnen, weshalb letztere zur Trockenfruchtgewinnung vorzuziehen ist.

Unter den Bohnen ist die Große, Puff- oder Saubohne die härteste. Bei offenem Boden kann sie selbst schon mitten im Winter geerntet werden, da ihre großen harten Samen dem härtesten Frost standhalten. An den Feuchtigkeitsgehalt des Bodens und an dessen Wärme stellt diese Bohne größere Anforderungen als jede andere Hülsenfrucht. Sie leidet im mageren Erdreich und bei Trockenheit sehr unter schwarzen Käulen. Die unreifen Samen geben, in Salzwasser abgekocht, einen feinen Salat, ferner eine schmackhafte Suppenzutat und ein gutes Gemüse. Reife Saubohnen werden wie andere reife Hülsenfrüchte im Haushalt verwendet.

In den beiden letzten Jahren war die Ernte an Großen oder Puffbohnen sehr gering, das Saatgut ist deshalb so rar geworden, daß es meist nur in Mengen von 100 Gram zum Preise von 0,80—1,20 M., je nach Sorte, abgegeben wird. Ein Ersatz für die Große Bohne ist die Feldbohne oder Buschbohne.

Die feinsten Trockenfrüchte liefern und die Stangen- und Buschbohnen, letztere auch Zwerg- und Kruppbohnen genannt. Sie sind sehr wärmebedürftig und ihre Ausfaat soll deshalb nicht vor Anfang Mai erfolgen. Zur Gewinnung von Trockenfrüchten für den Haushalt können bei uns nur frühreifende Sorten in Frage kommen. Buschbohnen, die auch noch eine gewisse Beschattung ertragen, bauen sich zur Trockenfruchtgewinnung seit vielen Jahren als Unterkultur in meiner Feldobstanlage an, und zwar feldmäßig, d. h. ohne Vereinterlung. Ausfaat zwischen dem 10. und 15. Mai. Reihenabstand 50 Zentimeter. In den Reihen lege ich entweder auf je 20 Zentimeter eine Bohne, auf je 30 Zentimeter zwei oder drei im Dreieckverband auf je 50 Zentimeter. Buschbohnen werden ein- bis zweimal behackt und einmal gut gedünelt. Sie überleben selbst langandauernde Trockenheit, sind aber gegen anhaltende Nässe und gegen frühe Witterung empfindlich.

Stangenbohnen geben größere Erträge als Buschbohnen, ihre Kultur ist aber mühsamer und kostspieliger als die der Buschbohnen, außerdem beschaffen sie das übrige Kulturland.

## Das englische Volk gegen die Blockade.

Rundgebung des Internationalen Frauenverbandes.

Rotterdam, 11. April. Dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ zufolge hat auf dem Trafalgarplatz in London eine große Kundgebung zugunsten der Aufhebung der Blockade stattgefunden. Helen Gould erklärte, daß das englische Volk dafür sorgen müsse, daß dem deutschen Volk von der englischen Regierung nicht schreckliches Leid zugefügt werde.

## Die Särgen in Italien.

Italien vor dem Generalfreist.

Lugano, 11. April. (Meldung der „Telegr. Rom.“) Nach Berichten des „Avanti“ nimmt in ganz Italien die Bewegung für den Generalfreist rasant an Umfang zu. In Rom macht sich starke Erregung geltend, weil die Hauptstädte bisher im Gegensatz zu Mailand und Turin nicht als Herd der sozialistischen Bewegung gelten konnte. In Regierungskreisen macht sich eine starke Nervosität bemerkbar, weil die Regierung befürchtet, der Generalfreistbewegung nicht mehr Herr zu werden.

Lugano, 11. April. (Meldung der „Telegr. Rom.“) Nach einer Meldung des „Secolo“ aus Rom wurde in einer außerordentlichen Versammlung der republikanischen Liga ein Manifest veröffentlicht, in dem das Volk aufgefordert wird, sofort zu handeln, damit in Paris möglichst rasch ein gerechter Friede geschlossen werden könnte. Dieser Friede müsse vor allen Dingen ein dauerhafter sein und die Versprechungen verwirklichen, die die Regierung in der Stunde der Gefahr gegeben hätte.

## Keine Kohlenausfuhr nach Holland.

Saar, 11. April. (S. R.) Die holländische Presse meldet, daß vorläufig aus Deutschland keine Kohlenzüge mehr nach Holland abgehen.

## Volksabstimmung und Initiative.

Die bürgerliche Mehrheit lehnt alle sozialdemokratischen Anträge ab.

Weimar, 11. April. (Eigener Drahtbericht des „Vortwärts.“) Der Verfassungsausschuss hat dadurch, daß das Plenum heute demitig sitzungsfrei war, seine Beratungen zu einem gewissen Abschluß bringen können. Zunächst wurden die Artikel erledigt, die sich mit der Reichsregierung und der kollegialen Stellung der Minister untereinander beschäftigen. Außerdem nahm der Verfassungsausschuss den letzten Artikel des vierten Abschnitts in Beratung, der dem Reichstag die Vereidigung zuspricht, den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und die Reichsminister vor dem Staatsgerichtshof anzulasten, wenn sie schuldhafterweise die Reichsverfassung oder ein Reichsgesetz verletzt haben. Der Antrag auf Erhebung der Anklage muß dann von mindestens 100 Mitgliedern des Reichstags unterzeichnet sein und bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln der gesetzlichen Mitgliederzahl. Der Staatsgerichtshof kann, wenn er die Schuld des Angeklagten bejaht, nur auf Amnestierung oder auf zeitweilige oder dauernde Unfähigkeit für die Bekleidung öffentlicher Ämter erkennen. Eine Vergnadigung kann nur mit Zustimmung des Reichstags erfolgen. Dieser Antrag wurde teils nach der Regierungsvorlage, teils nach den Abänderungsanträgen, auch den sozialdemokratischen, gestimmt.

Demnach fand der Verfassungsausschuss entgegen der gestrigen Annahme noch Zeit, sich mit dem von den Sozialdemokraten aufgeworfenen Referendum und der Initiative, also mit der direkten Gesetzgebung durch das Volk zu beschäftigen. Die Sozialdemokraten hatten ihre gestern mitgeteilten Anträge in den notwendigen Punkten ein wenig abgeändert, um den bürgerlichen Parteien, vor allem den Demokraten, die Zustimmung leichter zu machen. Unbeschadet dessen lehnten die bürgerlichen Parteien, auch die Demokraten, ein Eingehen auf die sozialdemokratischen Anträge ab. Die Konservativen und die Nationalliberalen erklärten sich überhaupt gegen die direkte Gesetzgebung durch das Volk. Nach ihrer Meinung wird künftig schon viel zu viel gewählt, sie verstehen nicht, daß dennoch die Unruhen durch allgemeine Abstimmungen ins Volk hineingeworfen werden.

Die Stangen sind jetzt nur teuer und schwer zu beschaffen, auch reifen Stangenbohnen 2-3 Wochen später; die Trockenfruchtgewinnung ist deshalb bei ihnen unsicherer. Am besten ist es, die Stangen senkrecht zu setzen, also reihenweise einzeln, Reihenabstand und Abstand von Stange zu Stange in den Reihen je 90 Zentimeter. Am Dörrerträge zu erzielen, legt man um jede Stange nur drei Bahnen.

Die Handlungen dürfen jetzt ohne Saatkarte nicht mehr als 125 Gramm Saatgut von jeder Hülsenfrucht abgeben. Bei großem Bedarf sind von der Ortsbehörde beglaubigte Saatkarten in dreifacher Ausfertigung abzugeben. Im Kleinhandel schwanken die Höchstpreise für 1 Kilogramm Saatbohnen, je nach Sorte, zwischen 9,00 und 13 M. Diese hohen Preise sind eine Folge der geringen vorjährigen Ernte und der durch die gegenwärtigen politischen Verhältnisse und unsere schlechte Valuta enorm verteuerten Einfuhr aus Holland.

Es wird jetzt Stimmung für den Anbau der Soja- oder Delbohne gemacht, einer niedrige Büsche bildenden Kleinfrüchtigen Bohne aus China, deren Hülsen nur 1-3, höchstens einmal 4 Körner enthalten. Diese Bohne ist härter als die Buschbohne, sie verlangt aber völlig unbeschattete Lage, 30-40 Zentimeter Reihenabstand und wird innerhalb der Reihen einzeln in 40-50 Zentimeter Abstand gelegt. Reife Saatzeit April. Die Sojabohne ist nur als Trockenfrucht demittelbar, reift bei uns aber erst spät, Ende September bis Anfang Oktober, und auch nur in frühen Sorten. Saatgut ist zurzeit noch nicht im Handel erhältlich. Besonders wertvoll ist diese Bohne dadurch, daß ihr Fettgehalt 18-20 Proz., ihr Eiweißgehalt sogar 27 Proz. und mehr beträgt, sie ist infolgedessen aber auch sehr schwer verdaulich und kann nur in geringen Mengen mit Gemüse und Kartoffeln gemischt zubereitet werden.

Der Anbau von Hülsenfrüchten ist jetzt aber nicht nur höchst wichtig zur Gewinnung von Trockenfrüchten, sondern in unserem durch Raubbau geschwächten Boden auch als Stickstoffsammler für das Gelingen des Kaddaues anderer Kulturpflanzen im nächsten Jahre. Wir leben im Zeichen der Düngernot und der Düngereuerung. Der Luftstickstoff (Kalkstickstoff) läßt sich in der Gartenkultur kaum vorteilhaft verwenden. Hülsenfrüchte entziehen der Luft den Stickstoff und speichern ihn in ihren Wurzelknäulen auf. Um dieses kostwichtige, teuerste Nahrungsmittel dem Boden zu erhalten, reißt man bei der Gartenkultur im Herbst die abgeernteten Stauden nicht aus dem Boden, sondern schneidet sie dicht über der Erde ab. Danach streut man etwas Kainit (auf Sandboden), sonst Kalk, besser noch Holzasche, ferner Thomasmehl, oder man gibt im Frühjahr Stallung und pflanzte dann stark gehende Gemüse, Kohl, Salat, Gurken, Tomaten, die nun zu trefflicher Entwicklung gelangen.

## Der neue Roman von Henri Barbusse.

Henri Barbusse, der Dichter des „Feuer“, hat eben einen neuen Roman erscheinen lassen. Er nennt ihn „Garten“. Es ist im gewissen Sinne die Fortsetzung seines ersten Buches und schildert die Ergebnisse des heimgekehrten Krieges. Er bringt aus dem Felde

Auch das Zentrum erklärte sich im allgemeinen gegen diese sozialdemokratischen Anträge und beschränkte sich vor allem darauf, zu erklären, daß auf Finanz- und Beschäftigungsgesetze das Referendum keine Anwendung finden könne. Die Demokraten hatten einen geänderten Antrag eingebracht, der ein wenig der Vorzüge der Sozialdemokraten übernahm, aber bei weitem nicht so weit ging, als die sozialdemokratischen Anträge es wollten. Die sozialdemokratischen Anträge wurden mit allen bürgerlichen Stimmen abgelehnt. Infolgedessen waren die Sozialdemokraten gezwungen, um nur etwas von dem Referendum und der Initiative zu retten, für den demokratischen Antrag zu stimmen, der inhaltlich folgendes besagt:

Ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz soll vor seinem Inkrafttreten zur Volksabstimmung gebracht werden, wenn es der Reichspräsident im Laufe eines Monats dazu bestimmt. Das gleiche soll gelten für die Gesetze, deren Verabschiedung auf Antrag von mindestens einem Drittel des Reichstags aufgehoben ist, wenn es ein Drittel der Stimmberechtigten beantragt. Eine Volksabstimmung kann ferner stattfinden, wenn ein Drittel der Stimmberechtigten das Begehren nach Vorlegung eines Gesetzesvorwurfs stellt. Die Volksabstimmung findet erst dann statt, wenn der begehrt Gesetzentwurf im Reichstag verhandelt worden ist. Dem Begehren muß ein ausgearbeiteter Gesetzentwurf zugrunde gelegt werden. Auch über den Haushaltsplan, über Finanz- und Beschäftigungsgesetze findet diese Bestimmung keine Anwendung, es sei denn, daß der Reichspräsident die entsprechenden Gesetze zur Volksabstimmung bringt.

Die sozialdemokratischen Redner, nämlich die Abg. Quard und Wagenstein, hatten noch einmal in ausführlichen Reden die sozialdemokratischen Anträge begründet und die bürgerlichen Parteien, wenigstens eine von den größeren Parteien, um Zustimmung erucht. Vergeblich. Die Bürgerlichen, auch die Demokraten und das Zentrum, schritten vor dem Neuen zurück und waren nicht zu bewegen, den sozialdemokratischen Anträgen beizutreten. Infolgedessen erklärten die sozialdemokratischen Redner, daß sie die jetzige Abstimmung nur für eine vorläufige betrachten, und daß in der zweiten Lesung auf Grund der bis dahin hoffentlich einsetzenden allgemeinen Bewegung ein anderes Resultat zu verzeichnen sein würde.

Damit schloß der Verfassungsausschuss vor den Offizieren seine Beratungen. Die nächste Sitzung soll am Dienstag, den 23. April, stattfinden. Inzwischen werden zwei Unterausschüsse arbeiten, und zwar ein Unterausschuss, der sich mit den restierenden Artikeln aus dem Abschnitt über die Grundrechte des deutschen Volkes befaßt, in den ja auch die Regierungsvorlage über die Arbeiterräte eingeschlagen werden soll, und ein zweiter Unterausschuss, der die Verhältnismäßigkeitsfrage untersucht und einen entsprechenden Vorschlag dem Plenum des Verfassungsausschusses machen soll.

In den gestrigen Bericht über den Verfassungsausschuss hat sich ein fälschlicherweise Druckfehler eingeschlichen. Es muß nicht heißen, daß die Nationalversammlung einen anderen strafrechtlichen Schutzes des Präsidenten haben wolle, als für andere Staatsbürger, sondern gerade, daß sie keinen anderen Schutz haben wolle.

## Die Lage im Reich.

In Stuttgart ist der Verfassungsausschuss aufgehoben.

In Breslau wurde bei den Vink-Hoffmann-Werken die Arbeit wieder aufgenommen.

In Magdeburg ist die letzte Nacht, abgesehen von einigen unbedeutenden Schieferereien, ruhig verlaufen. Die Arbeit ist überall wieder aufgenommen worden.

Die Gerüchte über die Ausrufung der Räterepublik in Wanneheim bestätigen sich nicht. In Mannheim ist im Gegenteil alles ruhig.

In Hamburg ist die Lage sehr gespannt. Bei den Werften haben revolutionäre Elemente, die angeblich keiner Partei angehören, Forderungen aufgestellt, die offenbar als Vorwand zu einem Generalfreist dienen sollen. Eine Landesversammlung der Sozialdemokratischen Partei, an der 1000 Delegierten teilnahmen, hat einen Aufruf erlassen, der die Arbeiter vor dem Treiben dieser Elemente warnt. Infolge des Streiks im Ruhrgebiet herrscht in Hamburg starke Kohlenknappheit.

In Hannover haben Unruhen begonnen. Die Teilnehmer einer kommunistischen Versammlung zogen am Donnerstag in die großen Fabriken und zwangen die Arbeiter mit Gewalt zur

die großen Erkenntnisse mit, die alle menschlichen Beziehungen neu durchleuchten. Alle alten Begriffe, Vaterland, Religion, Kirche, Wahrheit gehen durch das Feuer. Auch diesmal hat Vorstufe ein Buch gegen den Krieg geschrieben, eine Dichtung gegen die Verste für die Menschlichkeit. Er will eine Weltrepublik errichten ohne Kapitalismus, ohne Kirchen und ohne Kneipen. Aus der Tiefe des Gloriums ruft er nach dem Retter. Der Krieg wird wieder anfangen, solange er von andern beschloßen wird, als von denen, die ihn ausführen. Die Interessen der Völker und ihrer Beherrscher sind nicht die gleichen. Es gibt nur zwei feindliche Klassen, das sind die Großen und die Kleinen. Das Werk steht didaktisch und gedanklich auf der Höhe des „Feuers“, ist aber milder und weiser. Die deutsche Uebersetzung erscheint im kommenden Monat.

## Notizen.

— Storms Romellen sind nun frei geworden. Seine seine Erzählerkunst wird nun erst recht populär werden, wenn sie in billigen Ausgaben in die Massen dringt. „Der Doppelgänger“, den wir — um für den Dichter zu werben! — abdrucken, ist eine seiner weniger bekannten Erzählungen. Sie vereinigt mit den künstlerischen Vorzügen, dem eindringenden Bild in Menschliche und der stimmungsvollen Willensdarstellung einen tiefen sozialen Gehalt. Das Kernereignis eines Menschen ereignet vor uns; einem Arbeiter, der ins Unglück geriet und zum Verbrecher ward, versperrt die Gesellschaft die Rückkehr zu einem neuen Leben. Klärende und verschönernde Lichte fallen auf ein düsteres Schicksal.

— Das Kunstgewerbe-Museum wird am Sonntag wieder geöffnet. Es ist jetzt Sonntags wie wochentags von 10 bis 3 Uhr geöffnet.

— In Opernhause findet die „Don-Juan-Neuauflagerung“ erst Mittwoch, den 10. d. M., statt. Da bereits verlaufene Eintrittskarten behalten ihre Gültigkeit oder werden zurückgenommen.

— Volksbühnenkonzert. In den Opernkonzerten des Verbandes der freien Volksbühnen in der Philharmonie gelangen Instrumentationen der Fieder „Dichters Abendgang“, „Winterweib“ und „Der Arbeitermann“ von Richard Strauß, Gesungen von Ernst Kraus, unter Leitung des Komponisten zur erstmaligen Aufführung.

— Musik. Am 14. April, abends 7 1/2 Uhr, in der Heilandkirche (Moabit, Turmstraße) zum Besten der Schneeräumung-Aufführung des Stabat mater von Pergolesi, sowie anderer Werke aus der Zeit Bachs. Eintritt 1 M. und 2 M.

— Der größte Streik in der Geschichte Asiens. Die Industrie steht mit Ausnahme von Japan noch nirgendwo in Asien in einer höheren Höhe, aber es will doch immerhin schon etwas heißen, wenn von einer Arbeiterbewegung, die Ende Januar in Indien festgehalten hat, gesagt wird, es sei die bisher bei weitem die größte in der Geschichte Asiens gewesen. Die Vorgänge spielten sich in der Großstadt Bombay ab, wo 100 000 Arbeiter der Baumwollspinnereien und noch 10 000 Baumwollwäcker jeweils Erzielung einer Kriegszulage in den Ausstand traten. Es kam dabei auch zu Unruhen, bei denen das Militär eingegriffen mußte.

Preußen gegen Gewaltfrieden.

Preussische Landesversammlung.

16. Sitzung, Freitag, 11. April 1919, nachm. 1 Uhr.

Am Regierungstisch Hirsch, Braun u. a. Präsident Leinert eröffnet die Sitzung nach 1 1/2 Uhr.

Nach Debatte und Beschluß über eine Aenderung der Geschäftsordnung folgt die Beratung des von sämtlichen Fraktionen mit Ausnahme der U. Soz. gestern eingebrachten Antrags.

die Staatsregierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß keinem Friedensvertrage zugestimmt wird, der nicht die Sicherheit dafür bietet,

1. daß er ein wahrer Frieden der Verständigung ist,

2. daß gegenüber den 14 Wilsonschen Bedingungen keinerlei Verschärfung eintritt, insbesondere kein deutsches Gebiet abgetreten wird,

3. daß die Blockade sofort aufgehoben,

4. die schleunigste Rückführung der Gefangenen nach Deutschland festgesetzt, und

5. die unverzügliche Räumung der besetzten Gebiete angeordnet wird.

Präsident Leinert: Meine Damen und Herren! Die Fraktionen mit Ausnahme der U. Soz. haben mich beauftragt, bei diesem Gegenstand eine Begründung des Antrages zu geben. Nach diesem entscheidenden Kriege und nach der furchtbar traurigen Periode des Waffenstillstandes

nehmen die Friedensverhandlungen ihren Anfang.

Niemals in der Geschichte der Menschheit war in die Hände einer Friedenskonferenz eine so große Verantwortung gelegt, wie in die der demnächst zusammentretenden. Die Zukunft der Kulturenationen ist abhängig von den Beschlüssen dieser Friedenskonferenz, die die Löwen nur getragen werden von dem Vertrauen der gesamten daran teilnehmenden Nationen. Das deutsche Volk hat alle Voraussetzungen für dieses Vertrauen geschaffen, von dem das Friedenswerk abhängig sein muß, es hat sie geschaffen dadurch, daß in die Verfassungen sowohl des Deutschen Reiches wie der Einzelrepubliken die Bestimmung hineingebracht worden ist, daß alle Gewalt beim Volke liegt. Daher ist der Friede auf unserer Seite zu schließen nicht mit Vertretern irgendwelcher Interessen, die dem Volke fremd sind, sondern der Friede ist zu schließen mit dem ganzen deutschen Volke. Diese Voraussetzungen bestehen aber auf der anderen Seite, bei unseren Gegnern, nicht, oder nicht in gleichem Maße. Das deutsche Volk hat deshalb die allergrößte Besorgnis, daß dieser Friede nicht ein voller Friede der Verständigung sein wird, sondern daß er ein imperialistischer, dem deutschen Volke aufgezwungener Gewalt- und Zwangsfriede

werden könne, und deshalb ist von der größten deutschen Republik, von der Republik Preußen, es noch in letzter Stunde erforderlich, eine Mahnung an das Bewußtseinsgefühl der Entente zu richten und zu verlangen, daß der Friede ein Friede werde, der aufgebaut ist auf Gerechtigkeit und auf der Zustimmung und Verständigung aller beteiligten Völker. Die Grundlage dieses Friedens sollen die 14 Punkte bilden, die der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika aufgestellt hat. Sie sind von uns angenommen worden, als die Waffenstillstandsverhandlungen begannen, nicht, um sie uns aufzwingen zu lassen, sondern unser Volk hat sie angenommen, um teilzunehmen an der Durchföhrung dieser Bestimmungen. Mit der Annahme der 14 Wilsonschen Punkte haben wir aber auch vor der Welt die Bürgschaft übernommen, daß diese 14 Punkte das Programm der Menschheit werden. Das ist aber nur erreichbar, wenn die Verständigung auf Grund dieser 14 Punkte erfolgt und letztere nicht zum Schanden des deutschen Volkes verschärft werden. Eine Verständigung über das Zusammenleben der Völker ist nur zu schaffen, wenn der Gedanke der Verständigung und der Strafe eines dieser Völker durch andere nicht in die Tat umgesetzt wird. Aber diese Gefahr ist vorhanden. Für alle Zukunft müssen Pazifismus und Machtgefühl eines Volkes gegen ein anderes verschwinden. (Sehr wahr!) Wir verlangen deshalb, daß unsere Regierung mit der ehrlichen Absicht der

Völkerverständigung auf die Konferenz geht. Stellen wir aber dies Verlangen an die Regierung, so verpflichten uns das auch, die Regierung aufzufordern, keiner Bedingung des Friedens zuzustimmen, die unser Dasein, unser Leben gefährdet. (Sehr wahr!)

Der militärische Sieg, den die Entente über das deutsche Volk errungen hat, gibt der Entente kein Recht, die Lebensinteressen des deutschen Volkes zu verewaltigen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Deshalb darf ihr auch kein ungewisshaf von Deutschen bewohntes Gebiet unseres Landes überlassen werden.

Wenn unsere deutschen Brüder, die mit uns zusammengestanden haben in Not und Leid, ein Verteilungsobjekt für die Entente werden sollen, dann wäre das eine Vergewaltigung, die das deutsche Volk nicht ertragen kann. (Sehr wahr!) Die Folge wäre eine ungeheure Kraftanstrengung des deutschen Volkes, um dies Unrecht wieder zu beseitigen. Die geistigen und wirtschaftlichen Kräfte, die dazu erforderlich wären, wollen wir lieber verwenden zur positiven Kulturarbeit. (Sehr gut!) Unsere Regierung darf

niemals ihre Zustimmung zu einem Gewaltfrieden

geben, der Deutsche unter die Fremdherrschaft anderer bringt. (Bravos!) Der Friede darf aber nicht nur den Bestand des deutschen Volkes sichern, er muß uns auch die Zurückführung der deutschen Gefangenen bringen. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist eine Barbarei ohnegleichen, Kriegsgefangene, die gekämpft haben zur Verteidigung ihrer Heimat, auch nach Beendigung des Krieges noch gefangen zu behalten und wie Sklaven zu behandeln. Es wäre die schlimmste Vergewaltigung der Menschenrechte, wenn auch nach dem geschlossenen Frieden die in die Hände der Gegner gefallenen Deutschen zwingweise zurückgehalten würden. (Lebhafte Zustimmung.) Schon heute weinen Millionen unserer Volksgenossen Tränen um diejenigen, die noch in Feindesland sich befinden. Aus denselben Erwägungen heraus, damit der Friede uns auch die Freiheit bringt, wollen wir, daß die

Beseizung deutscher Gebiete

durch den Militarismus unserer Gegner mit dem Friedensvertrage aufhöret. Diese Beseizung ist die Ausübung eines brutalen Kriegsmittels, das in Friedenszeiten keine Berechtigung mehr hat. Ein Frieden, der nicht allen Kriegshandlungen ein Ende macht, ist kein Frieden. (Sehr wahr!) Endlich muß mit dem Friedensvertrage auch die

brutale Blockade

ihre Ende finden. Der Erfolg dieser Blockade ist gewesen, daß im Kriege und auch noch während des Waffenstillstandes Hunderttausende unserer Volksgenossen gestorben sind. Die Blockade trägt auch die Schuld an unseren jammervollen wirtschaftlichen Verhältnissen. Das deutsche Volk muß Hungerqualen ausstehen, und es fehlen uns die Rohstoffe, die wir aus allen Teilen der Welt zur Wiederaufzucht unserer Wirtschaft brauchen. Die Blockade ist eine der furchtbarsten Waffen der Entente gewesen, sie erscheint als ein Mittel, um in zynischer Weise zu prüfen, wieviel wohl ein Volk ertragen kann, das sich erhalten will. Das deutsche Volk hat wahrhaftig gezeigt, daß es ungeheure Opfer zu bringen imstande ist. Ihm wird aber der Lebensfaden abgeschnitten, wenn nicht bei Unterzeichnung des Friedensvertrages die Blockade aufgehoben und die Absperrung vom Weltmarkt beseitigt wird. (Lebhafte Zustimmung.) All das wollen wir heute noch einmal von dieser Stelle aus allen zivilisierten Völkern der Welt zurufen. Wir halten es für unsere erste Pflicht, noch jetzt in zweiter Stunde, wo der Krieg endgültig zu Ende gehen soll, diesen Appell an das Gewissen der ganzen Kulturwelt zu richten, der den einmütigen Wünschen des ganzen Volkes entspricht. (Lebhafte Zustimmung.)

Die preussische Regierung hat mir mitgeteilt, daß sie bereits im Sinne dieser Forderungen an die Reichsregierung herangetreten ist. (Lebhafte Bravo!) Wird ein Friede der Verständigung geschlossen, dann wird er zur Förderung von Menschenwürde und Menschenglück in der ganzen Welt beitragen. Wird aber das deutsche Volk verewaltigt, so würde die Welt noch weit entfernt davon sein, das Ziel zu erreichen, das alle Völker schließlich erstreben. (Lebhafte Zustimmung.)

Herr Hoffmann (U. Soz.): Die Rede des Herrn Präsidenten hat bewiesen, wie recht meine Freunde hatten, wenn sie sich weigerten, einer gemeinsamen Erklärung zuzustimmen.

Ich will aus Gründen, die Sie auch billigen werden, heute nicht näher darauf eingehen. Ich will nur daran erinnern, daß heute noch 800000 russische Gefangene in Deutschland sind. (Hört, hört! bei den U. Soz.) Als übereinstimmenden Willen meiner Freunde habe ich zu erklären: Auch wir sind gegen jede Verschärfung der Wilsonschen Bedingungen, insbesondere gegen jede Abtretung deutschen Gebietes. Auch wir verlangen die sofortige Aufhebung der Blockade und die schleunigste Rückführung der deutschen Gefangenen, sowie die Räumung der besetzten Gebiete. Wir haben uns an der Resolution der übrigen Fraktionen nicht beteiligt.

weil wir es ablehnen, einen Appell an die bürgerlichen Regierungen der kapitalistischen Länder zu richten.

(Schallendes Gelächter bei der Mehrheit. — Rufe: Rufe! Rufe! Ausreiß!) Wir protestieren dagegen, daß die Friedensverhandlungen der deutschen Republik Männern anvertraut sind, die während des Krieges die Gewaltpolitik der imperialistischen Regierung unterstützt haben. (Sehr wahr! bei den U. Soz.) Wir wenden uns an das internationale Proletariat aller Länder, wir erwarten einen wirklichen Völkerrfrieden nur von dem brüderlichen Zusammenwirken der Arbeiter der ganzen Welt, von dem Kampf der Internationale des Proletariats gegen die Internationale des Kapitals. Erst wenn die soziale Weltrevolution des Proletariats überall den Sieg errungen hat über den raubgierigen Imperialismus, ist ein Friede möglich, der für immer die Kriege ausschließt, und allen Völkern freie Entwicklung garantiert. Ein solcher Friede wird auch dem deutschen Volke Ruhe, Wohlstand und Glück bringen. (Gelächter rechts. — Bravo! bei den U. Soz.)

Der Antrag wird hierauf angenommen, die U. Soz. enthalten sich der Abstimmung.

Ein Antrag über das Vornamigungsrecht und die Annettie wird dem Rechtsausschuß überwiesen.

Es folgen sechs Anträge über Gemeindefragen.

Herr v. d. Osten (Nat. Sp.) erhebt Einspruch gegen die vorzeitige Auflösung der Kreisstage. (Beifall rechts. — Zurufe der U. Soz.: Schwarzmaier!)

Herr v. d. Osten (U. Soz.) verlangt die Aufhebung der allen Gemeindevorstände und Magistrate. Die alte Wirtschaft muß gänzlich weggepflegt werden.

Herr Schreiber (Dem.) beantragt, die Verordnungen über die Zusammenziehung der Kreisstage der Landesversammlung zur Nachprüfung vorzulegen.

Herr Schlicht (Soz.) wünscht die Vorlegung eines neuen Gemeindeverfassungsgesetzes. Die Punkte, die sich am 9. November 1918 ertraten hatten, wagen sich wieder hervor. (Lärm rechts.) Am 9. November mußten wir sie schließen. (Gelächter rechts.) Wenn wir einmal nicht mehr die Macht haben sollten und sie nicht schließen würden, dann würde es ihnen an Kopf und Kragen gehen. (Gelächter rechts.) Gegen widerpenfentige Gemeindevorsteher muß ein Gesetz erlassen werden.

Interimssekretär im Ministerium des Innern Meyer: Der Ministerpräsident hat am 20. März ausgesprochen, daß in Gemeinde, Kreis und Provinz die gleichen demokratischen Grundzüge wie in Staat und Reich zu gelten haben. Daß diese Bestimmungen an einzelnen technischen Mängeln leiden, befreit die Regierung keineswegs, sie ist gern bereit, mit der Landesversammlung in der Richtung auf Verbesserungen zusammenzuwirken. Was zur Verbesserung der Bestimmungen beifallen muß ihre volle Wirksamkeit wird können die auf Grund dieser Bestimmungen gewählten Körperschaften rechtsgültige Beschlüsse fassen. Die Bestimmungen der Landesversammlung zunächst zur Prüfung vorzulegen, hält die Regierung nicht für möglich; die Statuten sind zum großen Teil schon erfolgt oder vorbereitet, und eine weitere Dinausschiebung würde nur neue Unruhen in der Bevölkerung hervorzurufen. Auch der Antrag Hoffmann fordert wohl nur die Aufhebung der bisherigen Magistrate ufm. im Gesetzeswege, nicht etwa durch eine Kollektivmaßnahme. Mit ungeheurer Mühseligkeit, mit einem Rud geht das nicht; das würde den Gemeinden bloß neue Verlegenheiten bringen. Die Umständlichkeit der Prüfung der Gültigkeit von Gemeindevorständen ist in den bestehenden Gesetzen begründet; indes wird die Regierung dort, wo große Wahlverfälschungen nachgewiesen werden, von ihrem Recht der Auflösung der ausgieblichen Gebrauch machen. Die Forderung eines neuen Gemeinderechts wird

Ein Doppelgänger.

Von Theodor Storm.

Vor einigen Jahren im Hochsommer war es, und alle Tage schies Sonnenschein; ich hatte mich in Jena, wie einst Dr. Matrinus, in der alten Hofmirtschaft zum Wägen einquartiert, hatte mit dem Wirt schon mehr als einmal über Land und Leute geredet und mich mit Namen, Stand und Wohnort, welcher derzeit zugleich mein Geburtsort war, in das Fremdenbuch eingeschrieben.

Am Tage nach meiner Ankunft war ich nach Besteigung des Fuchsturms und nach manchem anderen Auf- und Absteigen spät nachmittags in das geräumige, aber leere Gastzimmer zurückgekehrt und hatte mich sommerwäde vor einer Flasche Ingelheimer hinter dem kühlen Ofen in einen tiefen Lehnstuhl gesetzt; eine Uhr tickte, die Fliegen summten am Fensterglas, und mir wurde die Gnade, davon in den Schlaf gewiegt zu werden, und zwar recht tief.

Das erste, was vom Außenleben wieder an mich herankam, war eine sonore milde Männerstimme, welche, wie zum Abschied, gute Lehren gebend, zu einem anderen zu reden schien. Ich öffnete ein wenig die Augen; am Tische, unfern von meinem Lehnstuhl, saß ein ältlicher Herr, den ich nach seiner Kleidung als einen Oberförster zu erkennen meinte; ihm gegenüber ein noch junger Mann, gleichfalls im grünen Rod, zu dem er redete; ein rötlicher Abendhimmel lag auf den Wänden.

„Und dessen gedenke auch noch,“ hörte ich den Alten sagen, „du bist ein Stück von einem Träumer, Fritz; du hast sogar schon einmal ein Gedicht gemacht; laß dir so was bei dem Alten nimmer beikommen! Und nun geh und grüß deinen neuen Herrn von mir; zur Selbstjagd werd ich mich nach dir erkundigen!“

Als dann der Junge sich entfernt hatte, rüttelte ich mich völlig auf; der Alte stand am Fenster und drückte die Stirn gegen eine Scheibe, wie um dem Fortgehenden noch einmal nachzuschauen. Ich trank den Rest meines Ingelheimers, und als der Oberförster sich in das Zimmer zurückwandte, begrüßten wir uns wie nach abgetanen Werken, und bald, da niemand außer uns im Zimmer war, sahen wir plaudernd nebeneinander.

Es war ein stattlicher Mann von etwa fünfzig Jahren, mit kurzgeschorenem, schon ergrautem Haupthaar; über dem Vollbart schauten ein Paar freundliche Augen, und ein leichter Humor, der bald in seinen Worten spielte, zeugte von der Beaglichkeit seines inneren Menschen. Er hatte eine kurze Jagdweise angebrannt und erzählte mir von dem jungen Wurfchen, welchen er einige Jahre in seinem Hause gehabt und nun zur weiteren Ausbildung an einen älteren Freund und Amtsbruder empfohlen habe. Als ich ihn, seiner Vorhaltung an den Jungen gedenkend, frag, was für Leides ihm die Boeten denn getan hätten, schüttelte er lachend den Kopf.

„Gar keines, lieber Herr,“ sagte er, „im Gegenteil! Ich bin ein Landpastorensohn, und mein Vater war selber so ein Stück von einem Boeten; wenigstens wird ein Kirchenlied von ihm, das er einmal als fliegendes Blatt hatte drucken lassen, noch heutigen Tages nach „Befehl du deine Wege“ in meinem Heimatdorf gesungen; und ich selber — als junger Gelbknabel wußte ich sogar den halben Umland auswendig, zumal in jenem Sommer“ — er strich sich blöpflich mit der Hand über sein leicht erötend Antlitz und sagte dann, wie im stillen seine vorgehabte Rede ändernd: „wo am Waldesrand das Geißblatt wie zuvor in keinem anderen Jahre düstete! Aber ein Rehbock, ein andermal — und das war schwer verzeihlich — die seltene Jagdbeute, eine Trappe, sind mir darüber aus dem Schuß gekommen! — Nun, mit dem Jungen ist es nicht so schlimm; nur der Alte drüben wird schon fuchswild, wenn wir gelegentlich einmal anstimmen: „Es lebe, was auf Erden stolziert in grüner Tracht“; Sie kennen wohl das schöne Lied?“

Ich kannte zwar das Lied — hatte nicht auch Freiligrath seinen patriotischen Jern an dem harmlosen Dinge ausgelassen? — Aber mir lag die plöbliche Erregung des alten Herrn im Sinne: „Hat das Geißblatt auch in späteren Jahren wieder so geduldet?“ frag ich leise.

Ich fühlte meine Hand ergriffen und einen Druck, daß ich einen Schrei ertönen mußte. „Das war ja nicht von dieser Welt,“ raunte der Mann mir zu, „der Luft ist unvergänglich — so lang sie lebt!“ Ich erwiderte zögernd hinzu und schenkte sich sein Glas voll hellen Weines und trank es in einem Zuge leer.

Wir hatten noch eine Weile weitergeplaudert, und manche anziehende Mitteilung aus seinem Forst- und Jagdleben

hatte ich von ihm gehört, manches Wort, das auf einen ruhigen Lebensernst in diesem Manne schließen ließ. Es war fast völlig dunkel geworden; die Stube füllte sich mit anderen Gästen, und die Lichter wurden angezündet; da stand der Oberförster auf. „Ich sähe noch gern ein Weilchen,“ sagte er, „aber meine Frau würde noch mir anschauen; wir beide bilden jetzt allein die Familie, denn unser Sohn ist auf dem Forstinstitut zu Kuhl“. Er streckte seine Weife in die Tasche, rief einem braunen Hühnerhund, der, mit unbemerkt, in einem Winkel gelegen hatte, und reichte mir die Hand. „Wann denken Sie wieder fort von hier?“ frag er.

„Ich dachte morgen!“ Er sah ein paar Augenblicke vor sich hin. „Meinen Sie nicht,“ frag er dann, ohne mich anzublicken, „wir könnten unsere neue Bekanntschaft noch ein wenig älter werden lassen?“

Seine Worte trafen meine eigene Empfindung; denn auf meiner nun zweiwöchentlichen Reise hatte ich heute zum erstenmal ein herzliches Wort mit einem Begegnenden gewechselt; aber ich antwortete nicht gleich; ich sann nach, wohin er zielen möge.

Und schon fuhr er fort: „Lassen Sie mich es offen gestehen: zu dem Eindruck Ihrer Persönlichkeit kommt noch ein anderes dazu: es ist Ihre Stimme, oder richtiger die Art Ihres Sprechens, was diesen Wunsch in mir erregt; mir ist, als gehe es mich ganz nahe an, und doch...“ Statt des verständigenden Wortes aber ergriff er plötzlich meine beiden Hände. „Tun Sie es mir zuliebe,“ sagte er dabei, „meine Försterei liegt nur so reichlich eine Stunde von hier, zwischen Eichen und Tannen — darf ich Sie bei meiner lieben Alten als unseren Gast auf ein paar Tage anmelden?“

Der alte Herr sah mich so treuherzig an, daß ich gern und schon auf morgen zugabte. Er schüttelte mir lachend die Hände: „Abgemacht! Prädigtig! Prädigtig!“ piff seinem Hunde, und nachdem er noch einmal seine Kappe mit der Falkenfeder gegen mich geschwenkt hatte, bestieg er seinen Rappen und ritt in freudigem Galopp davon.

Als er fort war, trat der Wirt zu mir: „Ein braver Herr, der Herr Oberförster; daht schon, Sie würden Bekanntschaft machen!“

„Und warum dachten Sie das?“ frag ich entgegen. (Forti. folgt.)

von der Regierung als vollberechtigt anerkannt, sie wird so schnell wie möglich ein neues Gemeindericht vorlegen, wenn auch bei der Bedeutung und Wichtigkeit dieser Materie die Vorarbeiten nicht überhastet werden dürfen. Auch die Selbstverwaltung der Kreise wird nicht gestört werden, nach dem Programm der Regierung kommt es ihr darauf an, die Selbstverwaltung auszubauen. (Beifall.)

Die Anträge gehen an den Gemeindevorstand.

Es folgen drei Anträge auf

**Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht, Forderung der Volksschule und des Lehrstandes.**

Abg. Hermann (Dnat. Sp.) fordert Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht. Die Schulaufsicht darf nur noch pädagogisch gebildeten Personen übertragen werden. Notwendig ist eine Reform des Besoldungsgesetzes. Heute beziehen Lehrer nach 15jähriger Dienstzeit nicht soviel wie ein 18jähriger Arbeiter. Der Redner kritisiert weiter scharf die Zustände der Landschulen, die Ueberfüllung der Klassen, die schlechte Beschaffenheit der Lehrermotivationen usw.

Kultusminister Gammisch: Auf die großen schulpolitischen Probleme werde ich bei der Beratung des Kultusgesetzes näher eingehen. Aus der Rede des Herrn Redners klang ein schmerzlicher Siffer, über den ich mich an sich sehr freuen habe. Noch mehr hätte ich mich freuen, wenn der Abg. Hermann seine Kritik schon vor einem Jahre vorgebracht hätte (Sehnsucht nach Zustimmung), wo seine Freunde die Regierung beherrschten. (Widerpruch rechts.) Wenn Sie bestreiten, daß Sie bisher die regierende Partei waren, so heißt das Sonne vom Himmel leugnen. (Sehr wahr! links.) Was der Redner kritisierte, sind die

**Sünden des alten Regimes;**

sie treffen die jetzige Regierung nicht. Wir sind mit ihm überzeugt, daß das Wohl der Schule abhängt vom Wohl der Lehrer. Was die Regierung zur Forderung des Lehrstandes tun kann, wird geschehen. (Bravo!) Was den ersten der vorliegenden Anträge anlangt, so ist in diesen Tagen ein Entwurf fertiggestellt,

**der die Ortsschulaufsicht generell aufhebt**

und allein die Kreis- und Provinzschulaufsicht durch Sachmänner einführt. (Lebhafter Beifall.) Dieser Entwurf wird hoffentlich von dieser Versammlung bereits in den nächsten Wochen verabschiedet werden. Damit findet die Geschichte der Irrungen und Wirrungen des Kobenerlasses in dieser Materie, der dann aus politischen Gründen von dem Präsidenten des Staatsministeriums wieder aufgehoben werden mußte, ihr Ende. In einer großen Zahl von Provinzen ist der damalige Erlass übrigens bereits durchgeführt. Durch die angeführten Vorlagen, an deren Annahme in diesem Hause erfreulicherweise nicht zu zweifeln ist, wird einem alten berechtigten Wunsch der Lehrerschaft ohne Umterchied der Parteirichtung Rechnung getragen. Wir werden damit auch der Schule und unserer Volksschule am besten dienen. (Lebhafter Beifall.)

Ministerialdirektor v. Bremen geht auf die Ausführungen des Abg. Hermann, soweit sie sich auf die Gehalts- und Einkommensverhältnisse der Volksschullehrer in den Städten und auf dem platten Lande beziehen, näher ein, bleibt aber bei seinem leisen Organ auf der Presseempore völlig unverständlich.

Abg. Rector Jude (Dem.) gibt seiner großen Freude über die Erklärung des Ministers Ausdruck. Namens der gesamten Lehrerschaft begrüßt er den endlichen Fall der geistlichen Schulaufsicht, die seit Jahrzehnten für die Lehrer eine Leidensschule gewesen ist.

Frau Dr. Wegscheider (Soz.) konstatiert mit Genugtuung, daß heute von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken mit Ausnahme des Zentrums alles im Punkte der Beseitigung der geistlichen Ortsschulaufsicht einig ist. In den besetzten Gebieten hätten die Lehrer gerade jetzt mit derselben ein wahres Martyrium durchzumachen. (Unruhe im Zentrum.) Die Rednerin entwirrt dann ein ausführliches Programm der zur Forderung der Volksschule und des Lehrstandes in wahrhaft volkstümlicher Sinne aufzustellenden Forderungen.

Abg. Kleinsch (N. Soz.): Wir brauchen auch, wenn wir im Schulwesen wirklich vorwärts kommen wollen, nicht Schulreformen, sondern eine Schulrevolution. Mit dem kühnen Vorschlag des Kultusministers vor den reaktionären Rädern ist nach dieser Richtung nicht Terrain gewonnen, sondern verloren worden. Adolf Hoffmann hatte durchaus recht, wenn er auf die Rechte und Bedürfnisse der Schulkinder und der Lehrer das ausschlaggebende Gewicht legte; Herr Gammisch hat vorgezogen, den kirchlichen Modifikatoren zuliebe die Erlasse Adolf Hoffmanns wieder aufzuheben. Solange der Religionsunterricht ein obligatorischer Gegenstand ist, kann die Schule ihrer erzieherischen Aufgabe nicht gerecht werden; es ist daher eine aus rein pädagogischen Gründen entsprungene, keineswegs von Feindschaft oder Antipathie gegen irgend eine Religionsgemeinschaft diktierte Forderung, daß die Volksschule religionslos sein soll.

Hierauf wird um 1/2 Uhr die Fortsetzung der Beratung auf Sonnabend 12 Uhr vertagt. Vorher Anträge und Anträge letz. die Zustände im Ruhr- und Saargebiet.

## Nationalversammlung zu Weimar

38. Sitzung, Freitag, den 11. April, nachm. 3 1/2 Uhr.

Am Ministerische: Bauer, Dr. Preuß, Dr. Dell, Landberg.

Eingegangen ist die Vorlage, den 1. Mai zum Nationalfeiertag zu erklären.

Auf der Tagesordnung stehen Anfragen.

Abg. Erlenz (Dem.) wendet sich gegen den Terror der freien Gewerkschaften und die daraus entspringende Beeinträchtigung der Koalitionsfreiheit der anders organisierten Arbeiterschaften.

Geheimrat Trendelenburg: Die Regierung steht auf dem Boden der Koalitionsfreiheit und verurteilt jede Beeinträchtigung, von welcher Seite sie auch ausgehen möge.

Abg. Dr. Heiser (Zent.) wendet sich in einer Anfrage gegen die Beschuldigung des Privatbesitzes des Breslauer Fürstbistums durch die tschechoslowakische Regierung.

Ministerialdirektor Simons: Tatsächlich ist gegen das Privatbesitz des Fürstbistums Breslau, soweit es im Gebiet der tschechoslowakischen Republik liegt, eine Beschlagnahme ausgesprochen, die zur Entziehung der Einkünfte des Fürstbistums aus diesen Gütern geführt hat.

Abg. Lauerenz (Dnat. Sp.) verweist auf die außerordentlich hohen Sachschäden und Verluste an Privateigentum.

Geheimrat Jehr. v. Wenzel: Eine Vorlage, die eine Verteilung der Mittel auf Reich, Staat und Gemeinde vorsieht, ist bereits fertiggestellt worden und liegt zurzeit beim Staatsauswahlg.

Abg. Alpers (Welfe) behauptet, daß in Hannover große Vorkäte an Heeresgut vorhanden sind, dessen Freigabe benötigtes Material zweifelslos herbeiführen würde, dessen Freigabe Tausenden von Arbeitswilligen Lohnenden Verdienst geben würde.

Regierungskommissar Dr. Hod: Die Behauptungen sind nicht richtig, vorhanden ist nichts, was verwahrt wird, wird für das Oster noch dringend gebraucht.

Abg. Dr. Philipp (Dnat. Sp.) bringt erneut den Leipziger Erpressungsfall zur Sprache. 400 000 Mark aus Mitteln der Stadt Leipzig seien mittels militärischer Waffengewalt vom Oberbürgermeister während des Leipziger Generalfreizeits erpresst worden.

Sachl. Militärkommissar Oberst Schulz: Es ist richtig, daß der Leipziger Oberbürgermeister

**unter Androhung von Waffengewalt**

gezwungen worden ist, eine Anweisung auf Zahlung von 400 000 Mark aus Mitteln der Stadt Leipzig zu geben. (Hört, hört!) Die tschechische Regierung ist entschlossen, für ausreichenden und zureichenden

lässigen militärischen Schutz der Behörden zu sorgen, damit sich ein solcher Vorgang nicht wiederholt. (Bravo!) Gegen die an der Behauptung beteiligten Personen ist die gerichtliche Untersuchung eröffnet worden.

Abg. Schwarz (Zent.) verweist auf die unwürdige Behandlung interner deutscher Soldaten in Siebenbürgen und Serbien.

Vertreter der Waffenstillstandskommission Dr. Hammer: Wir haben schon im Dezember energisch protestiert. General Rudant aber hat im Auftrag von Hoch ein Eingreifen abgelehnt. Wir haben wiederholt auf die völkerrechtswidrige Behandlung unserer Gefangenen in Serbien hingewiesen, bis in die letzten Tage hinein. Genügt hat es bisher nichts. (Hört, hört!)

Dr. Heinge: Ist die Reichsleitung gewillt, dafür zu sorgen, daß vorläufig auf dem Gebiete der Verteilung des Zeitungsdruckpapiers an dem bisherigen System der Kontingentierung festgehalten wird?

Geheimrat Dr. Trendelenburg: Die Reichsregierung beabsichtigt eine Aufhebung der Kontingentierung für Zeitungsdruckpapier nicht. Die alsbaldige Aufhebung der Kontingentierung wird nur von einem geringen Teil der besonders kapitalkräftigen großstädtischen Presse gefordert, bei der die Preisfrage keine Rolle spielt.

Es folgt die erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Vorberlegung der Stunden während der Zeit vom 28. April bis 15. September 1919 (Sommerzeit).

Regierungskommissar Geh. Koeber begründet die Vorlage. Der Reichsstatistikminister habe die

**Sommerzeit für eine unumgänglich notwendige Maßnahme** erklärt. Die Ersparnisse bei den Gas- und Elektrizitätswerten habe sich im Sommer 1918 auf 200 000 bis 250 000 Tausend Mark belaufen. Etwas Nachteile ließen sich vermeiden. Wir brauchen nicht nur Kohlen selbst dringend, sondern

**Kohlen bedeutenden Zahlungsmittel und darum Nahrungsmittel für Deutschland.**

Geheimrat Bornhal erklärt als Vertreter des Preussischen Ministers für Handel und Gewerbe: Die Preussische Verwaltung wird auf den staatlichen Gruben den Schichtwechsel auf Wunsch um eine Stunde hinauschieben und auf die privaten Gruben dahin einwirken, daß diese im Bedarfsfalle das gleiche tun.

Ministerialdirektor Koeber: Im Namen der bayerischen Regierung (Zuruf: Welcher?) — Es gibt nur eine bayerische Regierung, und das ist die in Bamberg. (Bravo!) Also im Namen der bayerischen Regierung habe ich zu erklären, daß die Einführung der Sommerzeit für 1919 entsprechend der Haltung, welche die landwirtschaftliche Bevölkerung Bayerns ausnahmslos und die Arbeiterschaft im Handel und Industrie zum überwiegenden Teil einnimmt, entschieden ablehnt. (Bravo! rechts.)

Abg. Koeppler (Soz.): Die Regierung hätte vor der Einbringung eines solchen Gesetzentwurfes auch die Kreise hören müssen, die gegen die Einführung der Sommerzeit sind. Man sollte in der jetzigen Zeit nicht neue Bestimmungen schaffen. (Sehr richtig!)

Abg. Diez (Zent.): Wer will denn eigentlich in Deutschland die Sommerzeit? Kein Mensch außer dem Reichsstatistikminister. (Sehr wahr!) Alle wertvollen Schichten der Bevölkerung sind dagegen, vor allem die Landwirte.

Abg. Dr. Hartmann (Dnat.): Als einziger Arzt in dieser Versammlung begrüße ich die Vorlage im Interesse der Volksgesundheit, die während des Krieges sehr gelitten hat.

Abg. Koch-Kersberg (Dem.): Ich kann erklären, daß der größte Teil meiner Freunde die Vorlage ablehnen wird. (Beifall.) Die Kohlenersparnis muß auf anderen Wegen erreicht werden.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Bei der Abstimmung wird der Gesetzentwurf in allen Teilen abgelehnt.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes über die

**Ausbildung von Kriegsteilnehmern zum Richteramt.**

Nach § 1 können Zwischenmeister, die an einer deutschen Universität zwischen den ordentlichen Studienhalbjahren eingeschrieben werden, Kriegsteilnehmern von der Landeszentralbehörde als volle Halbjahre auf das dreijährige Studium der Rechtswissenschaft angerechnet werden. Nach § 2 kann die Landeszentralbehörde für einen Kriegsteilnehmer den dreijährigen Vorbereitungsdienst zwischen der ersten und zweiten juristischen Prüfung um höchstens ein Jahr abkürzen.

Die Abg. Schiele (Dnat. Sp.) u. Gen. beantragen die Aenderung, daß die Zwischenmeister als volle Halbjahre gelten sollen.

Abg. Grünwald (Dem.): Keine Forderung begründet diesen Gesetzentwurf, weil er sozialer Fürsorge und ausreichender Berechtigung den Kriegsteilnehmern gegenüber dient. Redner empfiehlt die studierende Jugend der besonderen Fürsorge seitens der Nationalversammlung.

Abg. Bornath (Dnat. Sp.): Wegen der Verknüpfung der Ausbildung der Juristen muß man Bedenken erheben. Der junge Jurist muß juristisch denken lernen und das historische Wesen des Rechtes begreifen lernen, um den Bau zu erkennen, zu dem Jahrhunderte die Bausteine zusammengetragen haben. Auch in Volkswirtschaft muß er ausgebildet werden. Wenn meine Forderung trotz der Bedenken dem Gesetzentwurf freundlich gegenübersteht, so geschieht es, weil wir nicht wollen, daß das Vordringen, das sich im Kriege bewährt hat, noch

**bestraft wird durch den Verlust von Studienjahren.**

Reichsjustizminister Landberg: Die Vorarbeiten für den Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches sind so weit gediehen, daß ich die Veröffentlichung des Entwurfes nach der Ablauf dieses Jahres glaube in Aussicht stellen zu können. (Bravo!)

**Das neue Strafgesetzbuch wird ein gewaltiges Kulturwerk** sein, und es wird den Nachweis führen, daß das deutsche Volk geistig nicht zusammengebrochen ist. Der vorliegende Entwurf ist, wenn ich so sagen darf, ein Nebenprodukt des Reichsjustizamts. Ich glaube, er spricht für sich selbst. Rahgebend für seine Einbringung war einmal die Erwägung, daß sehr viele Studierende infolge der Verschlechterung ihrer Vermögenslage genötigt sein würden, das Studium ganz aufzugeben, wenn ihnen nicht irgendwelche Erleichterungen geboten werden, vor allen Dingen aber die Erwägung, daß es unter den Studierenden, die am Kriege teilgenommen haben, sehr viele geben wird, deren Spannkraft und Fähigkeit, sich geistig intensiv zu betätigen, so schwer gelitten hat, daß ihnen durch Gewährung von Erleichterung ein gewisser Anreiz gegeben werden muß. Ich glaube nicht, daß die Vorlage eine Beratung im Ausschuss nötig hat, und ich bitte, sie ohne Auswahlerörterung anzunehmen.

Abg. Dr. Kohl (D. Sp.): Die Ankündigung, daß uns noch in diesem Jahre der Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches vorgelegt werden soll, hat mich mit ganz besonderer Freude erfüllt. Wir begrüßen den vorliegenden Entwurf, der wie noch sympathischer geworden ist durch die oben gehörte Begründung des Herrn Reichsjustizministers.

Abg. Haase (N. Soz.): Meine Fraktion stimmt dem Entwurf zu, erwartet aber, daß das Gesetz nicht dazu benutzt wird, wie es in Warschau geschehen ist, die Studierenden indirekt zu zwingen, sich irgendwelchen Freiwilligenverbänden anzuschließen.

Abg. Dr. Spahn (Zent.): Wir haben keine Veranlassung, in eine Kommissionsberatung einzutreten. Ich bitte, die Vorlage in zweiter Lesung anzunehmen.

Abg. Kamps (Dnat. Sp.): Wir dürfen uns nicht allein von unseren Schwämmen für die Kriegsteilnehmer leiten lassen, sondern wir müssen auch daran denken, daß die Tüchtigkeit unserer Richterstandes durch eine gute Vorbildung geleitet werden muß. Wir bitten, die Vorlage einer Kommission zu überweisen.

Damit schließt die Beratung. — Der Antrag auf Ueberweisung an eine Kommission wird nicht genügend unterstützt, unter Ablehnung aller Änderungsanträge wird der Gesetzentwurf in allen drei Lesungen einstimmig angenommen.

In allen drei Lesungen wird ebenfalls der Gesetzentwurf betreffs die Aenderung des Kriegsteuergesetzes vom 21. Juni 1918 (Verwendung der Einnahme aus der Kriegsabgabe für die Fehlbeträge der Rechnungsjahre 1916, 1917 und 1918) ohne Debatte angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr. (Interpellation Auer betreffend die Verteilung der ausländischen Lebensmittel, Ermächtigungsgesetz zum Erlass von Verordnungen, Nationalfeiertag am 1. Mai, Landwirtschaftsgesetz.) Schluß 7 Uhr.

Weimar, 11. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Nationalversammlung hatte heute nachmittags noch vor, morgen in die Osterpause einzutreten. Da aber das vorgeschlagene Kalogeseh und der Regierungsentwurf, der über die Berechtigung des Erlasses von Notverordnungen für die Reichsregierung auf erhebliche Meinungsverschiedenheiten in den Fraktionen stieß, so ist die Nationalversammlung nicht in der Lage, morgen schon die Osterpause beginnen zu lassen. Der Seniorenkonvent hat infolgedessen heute abend beschloffen, mindestens bis zum Dienstag der nächsten Woche durchzusetzen, damit die Fülle der Arbeit, die für das Plenum der Nationalversammlung noch vorliegt, erledigt werden kann. Danach soll dann eine Osterpause eintreten, die bis zum 2. Mai reichen soll. Aber der Präsident wird die Ermächtigung bekommen, falls es notwendig werden sollte, vorher schon die Nationalversammlung wieder zusammenzuberufen.

## Berichtszeitung.

**Der Spionagetrieb in der Schweiz.**

**Landesverratsprozeß gegen Graf Rahnhaus.**

Der Angeklagte gibt zu, auch mit dem russischen Attaché in Verbindung getreten zu sein. Als er dessen Geschäftsräume betrat, sahen im Wartezimmer bereits etwa 15 Personen, deren Bistensarten bei den Schreibmaschinen ungeniert von Hand zu Hand gingen. Der Attaché erklärte, er müsse den Befehl des Angeklagten einsehen, oder Graf R. müsse sich durch Zubringung einer Nachricht von großer Wichtigkeit „ausweisen“. Die Angelegenheit der beiden Briefe an den Attaché, deren Schrift derjenige des Angeklagten täuschend ähnlich ist, sucht Graf R. in folgender Weise als harmlos hinzustellen: Als er vom russischen Attaché in sein Hotel zurückkehrte, fand er einen seiner Koffer zerbrochen vor, während am zweiten Koffer das Schloß ruiniert war. Zweifellos habe inzwischen irgend ein Agent die Koffer zerbrochen, um sich auf diese Weise in den Besitz der Schriftzüge des Angeklagten zu setzen und die Briefe alsdann zu fälschen. Die beiden Koffer sind an Gerichtsstelle.

Die Anklage legt dem Beschuldigten u. a. zur Last, daß er sich dem russischen Attaché als Baron Herzberg genähert und ihm Armeebefehle und andere militärische Mitteilungen hinterbracht habe. Dies bestritt der Angeklagte und erklärte, daß der russische Attaché im vorliegenden Falle von mehreren Spionen gesprochen habe, so daß er als einzelner nicht in Betracht kommen könne. Als Graf R. von Bern nach Zürich fuhr, wurde er dort verhaftet, nach Bern zurückgebracht und im Generalstabshauptquartier vernommen. Um Unannehmlichkeiten zu entgehen, habe er auf den Vorkauf, was er bei den feindlichen Attachés gemacht habe, erwidert, er habe sich für zwei in Gefangenschaft geratene Kameraden betenden wollen. Später wurde er freigelassen und über die Grenze gebracht. Graf R. gibt zu, daß er beim Verlassen des badischen Bodens die Vorgänge in der Schweiz seiner Behörde gemeldet hat. Es sei dies allerdings eine Unwahrheit von ihm gewesen. In der Schweiz habe man ihm erklärt, der deutschen Behörde offiziell nichts zu melden, doch könne dies indirekt geschehen.

In der Beweisaufnahme wird zunächst der Schreibschloßhändige Dr. Jeserich vernommen. Es handelt sich um ein Gutachten darüber, ob die den Angeklagten schwer belastenden Briefe an die feindlichen Attachés von ihm geschrieben sein können. In diesen Briefen kündigt Graf R. wichtige Nachrichten an. Die Schreiben liegen teils im Original, teils in der Photographie vor. Nach längerer Ausführungen, in denen er hervorhebt, daß man wissenschaftlich exakt nur die Identität der einzelnen Schriftzüge feststellen könne, kommt Dr. Jeserich zu dem Ergebnis, daß eine Nachbildung der Schriftzüge im vorliegenden Falle nach seiner Ueberzeugung nicht in Frage kommen könne.

Der Zeuge L., ein Deutscher, der in der Schweiz wohnt, traf am 25. August den Angeklagten, den er von Baden her kannte, in Bern, erkannte ihn genau wieder, doch verneinte Graf R., dieser zu sei. Das Benehmen des Mitzeigers, der sich Grafmann nannte, fiel dem Zeugen auf. Er glaube es für seine Pflicht zu halten, die Angelegenheit der deutschen Gesandtschaft zu melden. Auf diese Weise kam die deutsche Behörde hinter das Treiben des Angeklagten.

Der Militärattaché der deutschen Gesandtschaft in Bern, Major von Bismarck, bezeugt: Einmal wurde ihm vom Schweizer Generalstab mitgeteilt, daß auf eine Befehlskarte der französischen und russischen Militärattachés ein deutscher Offizier verhaftet worden sei, den man für einen Provokateur halte. In dem Verhafteten sei Graf Rahnhaus festgestellt worden. Man habe ihn über die Grenze abgeschoben. Ein ähnlicher Fall habe mit einem französischen und einem österreichischen Offizier vorgefallen. Dem Zeugen haben auch die französischen Briefe sowie eine Bistenskarte, auf den Namen Baron Herzberg lautend, vorgelegen. Sowohl der russische als auch der französische Attaché waren tatsächlich der Meinung, daß sie es in dem Angeklagten nicht mit einem Spion, der ihnen wichtige Mitteilungen über das deutsche Heer geben würde, zu tun hätten, sondern mit einem Provokateur, der lediglich zu dem Zweck gesandt worden war, um für das Deutsche Reich Nachrichten zu bekommen. Hätten sie Graf Rahnhaus wirklich für einen das deutsche Vaterland verräternden Spion gehalten, dann hätten sie sich zweifellos weiter mit ihm eingelassen und ihn nicht bei dem Schweizer Generalstab angezeigt. Im Generalstab wurde dem Angeklagten erklärt, er könne das Schweizer Asylrecht in Anspruch nehmen, doch werde er in diesem Falle vor ein Schweizer Gericht gestellt werden. Jeder Nachrichtendienst zugunsten einer fremden Macht auf Schweizerischem Boden ist nach dem Landesgesetz verboten und wird bestraft. Jedenfalls hätten die Schweizer Behörden den Einbruch, daß sich der Angeklagte kampflos gemacht habe, doch wollte man die Sache ohne Prozeß, ebenso wie in dem Falle gegen den Franzosen, aus der Welt schaffen. Auf die Frage des Verhandlungsleiters, warum der Angeklagte, wenn er wirklich Gegenstand der Spionage hätte werden wollen, nicht zu ihm, dem deutschen Militärattaché, gekommen sei, erwidert Major von Bismarck, daß sei ihm unklar. Wenn ein deutscher Offizier nach der Schweiz komme und erlebe so etwas wie der Angeklagte, so würde er sicher zu ihm kommen. Er habe diese Fälle schon öfter gehabt. Eine organisierte deutsche Spionagetätigkeit habe in der Schweiz nicht bestanden, wohl aber eine russische und französische. Auch diese letzteren seien in den

lichten Kriegsjahren lange nicht mehr so bearbeitet worden als zu Kriegsbeginn.

General Droje, der nächste Zeuge, fand beim Durcharbeiten von erbeuteten russischen Papieren in Riga zwei Stücke, die sich als an Rußland ausgelieferte Armeebefehle herausstellten. Die Papiere waren von einem Baron Herzberg in Bern an den russischen Attaché ausgeliefert worden. In den angeblichen Armeebefehlen sei ein Durcheinander von Verordnungen, wie sie in echten deutschen Armeebefehlen auf keinen Fall vorkommen. Die ganze Zusammenstellung sei gemacht gewesen. Es gebe viele derartige Fälle von Spionagegeschwindeln, mit dem man Geld verdienen könne. In diesem Kriegs habe es viele Leute gegeben, die sich selbst solche Verordnungen als Armeebefehle zusammenstellen, um sie an eine feindliche Macht zu verkaufen. An sich sei das nur Betrug, doch werde die Spionage dadurch künstlich gesüßelt.

### Freispruch im Marfallprozess.

Auch in der weiteren Beweisaufnahme standen die Aussagen, ob zuerst auf dem Marfall oder auf ihn geschossen worden sei, einander gegenüber. Anklagevertreter Kriegsgerichtsrat Weitz erklärte: Anzucht liege bei der 5. Kompanie vor, es ist aber nicht erwiesen, daß sie Kenntnis von dem Hovod des Widerstandes gehabt habe. Für die Kommandanten der 3. Kompanie lag kein Anzucht vor, im Marfall zu bleiben. Allen sei der Vortouren nicht zu ersparen, daß sie durch ihre Lässigkeit und laues Verhalten den Aufwiegeln den Rücken gestärkt haben. Die Hauptschuldigen haben sich gedrückt, und die Angeklagten seien die Dummen. Aber bei dem einzelnen ist der Nachweis strafbarer Handlungen nicht zu führen, und deshalb werde die Freisprechung sämtlicher Angeklagten beantragt. Der Anklagevertreter betonte, daß die Verhandlung nicht etwa ein Bild völliger Schuldlosigkeit ergeben habe, vielmehr seien viele Momente hervorgetreten, die sie

doch nicht für so harmlos erscheinen lassen. Aber die Mehrzahl habe einen guten Eindruck gemacht.

Nachdem die 10 Verteidiger sich dem Vortouren der Anklagevertreter auf Freisprechung angegeschlossen hatten, erkannte das Gericht dahin: Die Tatsachen des Anzuchts sind gegeben; das Gericht kann aber keinen positiven Beweis erbringen, wer von den Angeklagten sich an den Aufwiegeln beteiligte hat. Verdachtgründe genügen nicht. Das Gericht ist deshalb zur Freisprechung der sämtlichen Angeklagten gekommen. Einem Angeklagten Seeger, der völlig unschuldig in die Sache verwickelt worden war, wurde eine Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft zugesprochen.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittig: Mild und zeitweise auflockernd, dagegen im westlichen im Südwesten größtenteils geringe, im Westen und längs der Küste etwas härtere Regenschauer bei ziemlich frischen südwestlichen Winden.

### Deutsche Grundredit-Bank Gotha.

Die laut Beschluß der Generalversammlung vom 9. April 1919 für das Bilanzjahr 1918 auf 9% festgesetzte Dividende beträgt gegen Einlieferung des Grundmatrikularscheines Nr. 47 des Aktien zu M. 600,- mit M. 54,- und des Grundmatrikularscheines Nr. 9 der Aktien zu M. 1200,- mit M. 108,- vom 11. April 1919 ab in Gotha und Berlin W9, Reichstraße 2 bei unseren Banken sowie ferner in Berlin bei der Dresdener Bank, der Bank für Handel und Industrie, der Berliner Handels-Gesellschaft, der Deutschen Bank, der Direction der Disconto-Gesellschaft und Herren Georg Fromberg & Co. zur Auszahlung. Gotha, den 9. April 1919.

### Deutsche Grundredit-Bank.

Carl Barthel  
O. Zorndorfer Straße 54.  
**Möbel**  
Jeder Art gegen bar, komplette Wohnungen, Einrichtungen, farbige Küchen, Teilzahlung gestattet. Gegründet 1870.

Größere See-Billa  
am Bismarcksee in Bestenstand mit Obigen, Ausgarage und Stange für sofortigen Verkauf zu verkaufen. Näheres unter „Fr. P. 826“, Rudolfs-Mosse, Friedland.

Rosen  
Hoch-, Halbstämme, Büsche und Kletterrosen, empfehlen in befannter Güte.  
C. Boese & Co., G. m. b. H., C. Z. Landaberger Str. 60/67.

Armin-Hallen  
Rommendannerstr. 58/59.  
1. Osterfeierabend: Saal frei.

Piano kauft  
Asser, Finkenburger Straße 1.  
Ferialstr. 10a/11b/13/14.

Für das Arbeiterjournalist Stettin wird ein

### Sekretär

gesucht. Die Anstellung erfolgt nach den Bestimmungen der Reichs- und Landes-Verordnungen. Zum Gehalt wird bis Berlin 1000,- monatlich gezahlt. Es wird auf eine einjährige Probezeit eingegangen. Bewerberinnen werden angenommen. Der Eintritt ist möglich bald erfolgen. Bewerbungen bis zum 1. Mai 1919 an das Gewerkschaftsamt Stettin, Große Oberstraße 18/20, zu richten.

### Werkmeister

für

Jubeliedigung und Leitung einer Scheren- und Messer-Spezial-Fabrikation

wird für kleiner Fabrik per sofort gesucht. Moderne Halbhammerfabrik, Schleiferei, Härtefabrik und Werkzeugmaschinen vorhanden. Detaillierte Offerte mit Angabe der Vorkenntnisse, Gehaltsansprüche und Eintrittstermin unter „Werkmeister 1661“ an die Annoncen-Expedition von Geisler & Schafel, Wien 1, Hofgasse 11.

### Stahlguß-Putzer

sucht sofort  
Ludw. Sudicatis & Co.,  
Abt.: Stahlwerk Weißensee,  
am Industrie-Bahnhof.

### ein Vorarbeiter

in der Fabrikation von Gefäßschmiedestücken zu Wehrzwecken, insbes. Radenlöcher usw. Gute Erfahrungen beding und dieser Stellung selbständig vorstehen kann. Angebot unterzeichnete Bewerber mit 100,- Täglichen, Referenzen und Gehaltsansprüchen unter C. 19 an die Expedition dieses Blattes.

### Älterer Sattler als Meister

für einen Luxuswagenbetrieb in Mitteldeutschland gesucht. Gehl. Anträgen werden mit ausführlichen Angaben an die Expedition dieses Blattes unter Zeichen E. 19 erbeten.

### Werkzeugmacher

für mittlere Fabrik Groß-Berlins gesucht. Versteht in Stanzen und Schnittbau, sowie Drehen und Fräsenarbeiten. Angebote mit Gehaltsansprüchen unter Zeichen D. 19 an die Expedition dieses Blattes.

### Für Kugelmühlen

erfahrenen Müller zum Mahlen von Thomas- und Phosphorsäure zu möglichst feinstem Mehl. Paulig & Stade, Großehain 1. St.

### Frau

für Personalführer (Mädchen Köchen) einige Stunden täglich mittags gesucht. Baugewerkstatt Bosman u. Knauer, Wahrenstr. 48.

### Keinemachfrau

per sofort verlangt. Karl Friedrich, Charlottenstr. 72.

### Hausangestellte

suchen. Sollten sich je nach gewünschter Stellung im Arbeitsnachweise der Stadt Berlin, Unter den Eichen 15, melden. (Näheres unter Zeichen E. 19 an die Expedition dieses Blattes.)

KREM TERAS zarter Teint über Nacht  
Große Tube 2.75, kleine Tube 1.75 M.  
MUNDWASSER SINDSPRIT einige Tropfen genügen  
Flasche 3.00 M.  
MUNDWASSER-PULVER LEUKODONT z. Selbstbereiten  
Schachtel 2.00 M.  
**MAX SCHWARZLOSE**  
BERLIN

## Suppen und allen anderen Speisen

mit oder ohne Fleisch, ob gekocht, geschmort oder gebraten, verleiht der schon seit Jahren vor dem Kriege gebrauchte und während der Kriegszeit für die Allgemeinheit zur Wohltat gewordene **altbekannte und unübertroffene Ohsena** (früher Ochsen) **Fleischextraktersatz** die richtige Würze und wirklich kräftigen Rindfleischgeschmack. Wer Ohsena noch nicht kennt, mache einen Versuch, der entschieden befriedigen wird. — Ohsena enthält wenig Salz und sind demnach alle Speisen je nach Geschmack bis zu 25% nachzusalzen. — Ohsena ist überall zu haben. Alleiniger Hersteller: Altonaer Margarine-Werke Mohr & Co., G. m. b. H., Altona-Ottensen.

## MaxPrenzlaue

Berlin N, Reinickendorfer Str. 117

ist für **Möbel** anerkannt im Norden die Haupt-Bezugsquelle

Spezialität:  
Besseres Mittelgenre für kleinere Wohnungen

Auf Wunsch Ratenzahlung

## Besonders vorteilhaftes Möbel-Angebot!

Speisezimmer	Herrenzimmer
bestehend aus: 1 Büfett 1 Kredenz 1 Ausziehtisch 6 Stühlen	bestehend aus: 1 Bibliothek 1 Schreibtisch 1 runden Tisch 1 Schreibessol 2 Stühlen
zusammen M. 2850	zusammen M. 2450

### Schlafzimmer

bestehend aus:  
1 Schrank mit Spiegel, Eiche  
1 Waschtislette mit Spiegel und Marmor  
2 Nachtschränken mit Marmor  
2 Bettstellen  
2 Patentböden  
2 Steißigen Auflegematrizen mit Korkkissen  
2 Stühlen  
1 Handtuchhalter

zusammen M. 1875

Ständig große Ausstellung von ca. 300

## Möbel

Schlaf-, Wohn-, Speise- u. Herrenzimmer in Eiche u. Nußbaum furniert  
Küchen-Einrichtungen in Kiefer, Linde, Buche.  
Einzelanfertigung nach Vorlage!  
Serienlieferungen!  
Hand-, Leiter- u. Kastenwagen  
in besonders kräftiger Ausführung, schwere eis. Nabe, aus. Kastenlänge 85 cm, 100 cm, 115 cm.  
Tragkraft: 4 Ztr., 5 Ztr., 6 Ztr. 17000\*  
Wiederverkäufer erhalten besonders günstige Preisstellung!  
Albatroswerke, Schneidemühl.

## Alte Gebisse

pro Zahn bis 1, 2 u. 6 M.  
Gold-Gebisse bis 150 M., Platin pro Gr. 12 M. \*  
Fran C. u. E. Willig, Hamburg 22, Volksdorfer Str. 3.

### Viedorf Süd Kanisdorf-Süd

in der Nähe v. Hof. Sadoma  
□ R. von Nr. 25, — am  
bedeutende Wirtschaftsgüter.  
Biele Herstellung, in letzter Zeit.

### Villen-Grundstücke Falkenhagen-West

hier a. Hof. Seefeld, nächste Stat. v. Spandau,  
A. Anlage v. Obstd. u. Obst. Garten u. Gemüse-  
land, an großfl. Straße, mit Gas- u. Wasserleitg.  
Kauf Waldgrundstücke, □ R. von 80 R. auswärts.

### Gartengrundstücke

1. Anlage v. Obstd. u. Obst. Garten, in der Nähe v. Hof. Sadoma, in der Nähe v. Hof. Sadoma, in der Nähe v. Hof. Sadoma.

### Eigenheim-Gesellschaft

Nieschalko & Nische,  
Berlin NO 43,  
Neue Königstraße 16

## Flechten, Wunden, offene Füße, Krampfadern

leidet heilt sogar in ver-  
zweifelten Fällen mit oft  
überraschendem Erfolg die  
„Vater-Philipp-Salbe“  
hautbildende schmerz-  
und juckreizstillende  
Preis 1.80 u. 3.50 M.; erhältlich in der Elektrizität- u. Kronen-  
Apotheke und in der Minerva-Apotheke, Charlottenburg. Man  
hüte sich vor Nachahmungen und bestelle, wo nicht erhältlich  
direkt b. Tutogen-Laboratorium, Sülztkirchen-Rominten 5.

## Möbel-Beiser

Lothringer Str. 67  
liefert auf bequemste Teilzahlung und gegen bar  
Bürgerliche Wohnungseinrichtungen zu mäßigen Preisen.  
Komplett aufgestellte  
Wohn-, Schlaf-, Speise- und Herrenzimmer in großer Auswahl.  
Einzelne Möbel u. farbige Küchen.  
Besicht. und ohne Kaufzwang erbeten.

### Sanitärat Dr. Wegscheider's

Brusttief u. Tropfen nach Original-Vorschrift gegen Husten und Lungenleiden in Paketen zu 12 und 4 Mk.  
Elefant-Apotheke Berlin, Leipziger Str. 74, Dönhofsplatz.

### Marzipankonfekt

in jedem Haushalt mit leicht erhaltlichem Material billig herzustellen. Bestimmt wie bei Preisermäßigungen. Auch gute Preisermäßigungen. Rezept gegen Einsendung von 20,- 148/9  
A. Bartel, Danzig, Rammelsberg-Str. 5-6.  
Bettläschen  
Abhilfe sofort  
Alter und Geschlecht angeben. Auskunft versandt. 711  
MEKUR-VERSAND  
München 17, Neureutherstr. 13

### Leinen, Nessel

Perle, Inlett, Damast, Haus-  
wand, Futter, laute Kleider,  
Reichardt & Co. Leipzig, 6097.

## M. Schlewinsky & Co.

Berlin C, Dirksenstr. 31  
am Bahnhof Alexanderpl., Ecke Königsgraben.

## Hautarzt Dr. med. Hollaender

Berlin W 8 Hamburg  
Leipziger Str. 108 Kolonnenade 26  
Sprechst. 11-1 vorm. 5-7 nachm., Sonntag 11-1.  
Aufklärende Broschüre Mk. 1.50 (Nachnahme).

## Gebirgsleiterwagen

3-5 Reiter, Tragkraft  
in ganz vorz. tragfähiger  
Bauart, in allen Größen,  
sehr preiswert, sofort  
lieferbar.

Wilh. Harnisch,  
Meiningen,  
Sulzbachstr. 4. — Fernruf 200.

## Arbeit und Absatz

verschafft Ihnen die  
Mitgliedschaft der  
Centrale  
Deutscher Mittel- und  
Kleinindustrieller  
Alles Nähere durch die  
Industrie-Beratungsgesellschaft  
Treuhändergesellschaft  
für Technik m. b. H.  
Charlottenburg 4,  
Mommensstraße 14.  
Gedämme. Vertretungsbüro  
Vandenberg.  
Preuß. Deutscherstr. 76.

## Am großen Wannsee

gelegene, haben wir wegen  
Zunahme eine Villa für  
eine Familie, die durch  
Lindau für eine Familie  
begehrtest werden kann,  
verkauft für M. 170.000,—  
bei einer Größe von circa  
200 Qm. zu verkaufen.  
Vart. u. 1. St. je 6 Zimmer,  
Obergesch. 4 Zimmer.  
Herr Schmidt 3386,  
Leipzigerstr. 112, E. Bauart,  
Zentrum 12690—3 u. 3086.

## Wasserparzellen

herd. u. m. a. b. d. e. f. g. h. i. j. k. l. m. n. o. p. q. r. s. t. u. v. w. x. y. z. aa. ab. ac. ad. ae. af. ag. ah. ai. aj. ak. al. am. an. ao. ap. aq. ar. as. at. au. av. aw. ax. ay. az. ba. bb. bc. bd. be. bf. bg. bh. bi. bj. bk. bl. bm. bn. bo. bp. bq. br. bs. bt. bu. bv. bw. bx. by. bz. ca. cb. cc. cd. ce. cf. cg. ch. ci. cj. ck. cl. cm. cn. co. cp. cq. cr. cs. ct. cu. cv. cw. cx. cy. cz. da. db. dc. dd. de. df. dg. dh. di. dj. dk. dl. dm. dn. do. dp. dq. dr. ds. dt. du. dv. dw. dx. dy. dz. ea. eb. ec. ed. ee. ef. eg. eh. ei. ej. ek. el. em. en. eo. ep. eq. er. es. et. eu. ev. ew. ex. ey. ez. fa. fb. fc. fd. fe. ff. fg. fh. fi. fj. fk. fl. fm. fn. fo. fp. fq. fr. fs. ft. fu. fv. fw. fx. fy. fz. ga. gb. gc. gd. ge. gf. gg. gh. gi. gj. gk. gl. gm. gn. go. gp. gq. gr. gs. gt. gu. gv. gw. gx. gy. gz. ha. hb. hc. hd. he. hf. hg. hh. hi. hj. hk. hl. hm. hn. ho. hp. hq. hr. hs. ht. hu. hv. hw. hx. hy. hz. ia. ib. ic. id. ie. if. ig. ih. ii. ij. ik. il. im. in. io. ip. iq. ir. is. it. iu. iv. iw. ix. iy. iz. ja. jb. jc. jd. je. jf. jg. jh. ji. jj. jk. jl. jm. jn. jo. jp. jq. jr. js. jt. ju. jv. jw. jx. jy. jz. ka. kb. kc. kd. ke. kf. kg. kh. ki. kj. kl. km. kn. ko. kp. kq. kr. ks. kt. ku. kv. kw. kx. ky. kz. la. lb. lc. ld. le. lf. lg. lh. li. lj. lk. ll. lm. ln. lo. lp. lq. lr. ls. lt. lu. lv. lw. lx. ly. lz. ma. mb. mc. md. me. mf. mg. mh. mi. mj. mk. ml. mn. mo. mp. mq. mr. ms. mt. mu. mv. mw. mx. my. mz. na. nb. nc. nd. ne. nf. ng. nh. ni. nj. nk. nl. nm. no. np. nq. nr. ns. nt. nu. nv. nw. nx. ny. nz. oa. ob. oc. od. oe. of. og. oh. oi. oj. ok. ol. om. on. oo. op. oq. or. os. ot. ou. ov. ow. ox. oy. oz. pa. pb. pc. pd. pe. pf. pg. ph. pi. pj. pk. pl. pm. pn. po. pp. pq. pr. ps. pt. pu. pv. pw. px. py. pz. qa. qb. qc. qd. qe. qf. qg. qh. qi. qj. qk. ql. qm. qn. qo. qp. qq. qr. qs. qt. qu. qv. qw. qx. qy. qz. ra. rb. rc. rd. re. rf. rg. rh. ri. rj. rk. rl. rm. rn. ro. rp. rq. rr. rs. rt. ru. rv. rw. rx. ry. rz. sa. sb. sc. sd. se. sf. sg. sh. si. sj. sk. sl. sm. sn. so. sp. sq. sr. ss. st. su. sv. sw. sx. sy. sz. ta. tb. tc. td. te. tf. tg. th. ti. tj. tk. tl. tm. tn. to. tp. tq. tr. ts. tt. tu. tv. tw. tx. ty. tz. ua. ub. uc. ud. ue. uf. ug. uh. ui. uj. uk. ul. um. un. uo. up. uq. ur. us. ut. uu. uv. uw. ux. uy. uz. va. vb. vc. vd. ve. vf. vg. vh. vi. vj. vk. vl. vm. vn. vo. vp. vq. vr. vs. vt. vu. vv. vw. vx. vy. vz. wa. wb. wc. wd. we. wf. wg. wh. wi. wj. wk. wl. wm. wn. wo. wp. wq. wr. ws. wt. wu. wv. ww. wx. wy. wz. xa. xb. xc. xd. xe. xf. xg. xh. xi. xj. xk. xl. xm. xn. xo. xp. xq. xr. xs. xt. xu. xv. xw. xx. xy. xz. ya. yb. yc. yd. ye. yf. yg. yh. yi. yj. yk. yl. ym. yn. yo. yp. yq. yr. ys. yt. yu. yv. yw. yx. yy. yz. za. zb. zc. zd. ze. zf. zg. zh. zi. zj. zk. zl. zm. zn. zo. zp. zq. zr. zs. zt. zu. zv. zw. zx. zy. zz.



Groß-Berlin

Schwierigkeiten der Schmalzverteilung.

Die Verteilung des amerikanischen Schmalzes löst nach einer Mitteilung des Magistrats wegen der Maßnahmen der Reichs-

Nieder mit den Schiebern!

Täglich werden hunderte Paar neuer Zivilkittel in der Schön-

Das Rohfleisch dem Volke.

In einer stark besuchten Versammlung der ausgepörrten Roh-

Gegen die Spielwut und den wilden Handel

wurde wieder einmal mit diesen Streifen in kurzen Zwischen-

Streik in einem Lazarett. Infolge der zum 11. April ange-

Die Reisenden 4. Klasse werden seit der Revolution noch

Republikanische Münzen. Wie die Berliner Münzblätter mit-

Am Sonnabend, den 12. April, findet die Juristische

Versammlung der Eisenbahner (Betriebs-, Bureau- und Werkstättenpersonal) heute Sonnabend,

Die deutschösterreich. Kriegsteilnehmer veranlassen sich morgen,

Der Bund der inaktiven Beamtenstellvertreter, Müßbeamten

Vorträge und Versammlungen.

Freireligiöse Gemeinde. Morgen Sonntag, vormittag 11 Uhr, in

Rebnerkursus. Sonntagkursus am Sonntag, 13. April, vor-

Handels-Hochschule Berlins. Immatrikulation für das Sommer-

Virtus Club. Welcher Kollen und sein Medium Altig, Experimente in-

Neuwöllner Stadtverordnetenversammlung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte Stadtd. Siebers

den Depotführer der Republikanischen Sicherheitswehr, hat der

Reisenden vorl. Sonntag von 9-11 Uhr Verkauf von Rimmermannen

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. In der letzten ordentlichen Zeit wird der Magistrat ge-

Mariendorf. Im Abschnitt 10 der Verträge sind vom 16. bis

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie. Morgen

Briefkasten der Redaktion.

Am Sonnabend, den 12. April, findet die Juristische

C. B. 27. Ja. sollen der Vater zahlungsunfähig und die Kinder

Advertisement for 'Eine Hausbibliothek gratis für alle Leser des „Vorwärts“' and 'Gutschein für die Leser „Vorwärts“'. Includes details about the library, subscription rates, and a coupon for a free trial.





Einstellung der Arbeit, obwohl diese keinerlei Neigung zum Streik hatten. Sie mußten aber nachgeben, weil militärischer und polizeilicher Schutz fehlte. Am Freitag wurde die Arbeit allgemein wieder aufgenommen. Inzwischen geht die Propaganda der Spartakisten für den Generalstreik fort. Die Unabhängigen spielen wieder einmal eine zweideutige Rolle, sie haben eine Warnung vor dem Generalstreik mituntergeschoben, es seien aber Unabhängige in der geleiteten Streikleitung. Ein Plan, die Straßenbahnen mit Gewalt zu verhindern, die Arbeiter an ihre Arbeitsstätte zu fahren, wurde von diesen selbst vereitelt, indem sie die Umhelfer aus dem Hauptposten vertreiben. Die Spartakisten arbeiten mit allen Mitteln des Terrors, wobei namentlich die Jugendlichen mitwirken. Die Arbeiterschaft steht durchaus gegen die Spartakisten, der Garnison- und Korpsoldatenrat haben die Warnung vor dem Generalstreik mituntergeschoben. Von der Verhängung des Belagerungszustandes wurde vorläufig abgesehen, aber bekanntgegeben, daß er bei Ausbruch des Generalstreiks verhängt werden würde. Infolge dieser Androhung ist der von den Kommunisten auf Freitag 19 Uhr angesetzte Generalstreik vorläufig abgesetzt worden.

In Danzig ist der Belagerungszustand verhängt worden, infolge der Unruhen, die sich Donnerstag am Bahnhof abspielten. Dort ist aus Säuzern auf die Bahnhofswache geschossen worden, die das Feuer erwiderte.

### Truppen für das sächsische Kohlenrevier.

Leipzig, 11. April. (Meldung der Telegraphen-Kompagnie.) Die sächsische Regierung hat Mitteilungen darüber erhalten, daß die streikenden Luga-Oelsah, Zwickauer Kohlenrevier sich mit der Absicht tragen, sämtliche Werke stillzulegen. Aus diesem Grunde hat sie Truppen nach dort beordert, um einer Verstärkung der Gruben vorzubeugen. Die Truppen befinden sich bereits auf dem Wege nach dem Streikgebiet.

### Einstellung des Bahnverkehrs in Kassel.

Kassel, 11. April. (Meldung der Telegraphen-Kompagnie.) Von Seiten der hiesigen Eisenbahndirektion wird die vollständige Einstellung des Betriebes erwogen, da infolge des Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet die Kohlenvorräte völlig erschöpft sind. Der Zugverkehr ist bereits seit Donnerstag auf ein Mindestmaß beschränkt worden.

### Droht ein Eisenbahnerstreik?

#### Veruhigende Erklärungen der Eisenbahner.

Vom Eisenbahn-Praktikantenverein geht eine längere Zuschrift zu, der wir folgendes entnehmen:

Im Dezember 1918 wurde den Eisenbahnbeamten, die zu einem erheblichen Teil ein wesentlich geringeres Einkommen beziehen als die ungelerten Staatsbediensteten, eine monatliche Zulage zugesagt, die z. B. in Berlin 120 M. beträgt. Bei der Neuregelung der Teuerungszulagen für alle Beamten soll nun diese besondere Zulage vom Januar 1919 ab auf die Teuerungszulage angerechnet werden; die besonderen Leistungen der Eisenbahnbeamten werden also mit einem Gesamtbetrag von 120 M. in Berlin abgegolten; eine große Zahl von Beamten wird sogar ab 1. April 1919 schlechter gestellt als bisher, und müßte für Januar-März 1919 erhebliche Beiträge zurückzahlen, wenn nicht im Unterstufungswege ausgleichend eingegriffen würde.

Infolgedessen bemängelte sich der Eisenbahnbeamten eine partei Erregung, die unverantwortliche Elemente auszunutzen versuchen. Eine Versammlung in Halle beschloß, die Nichtanrechnung der Teuerungszulage bis März 1919 und die Gleichstellung der Bezüge der geringbezahlten Beamten mit den Pandocockern zu fordern, und diese Forderung eventuell durch Streik durchzusetzen. Dieser Beschluß aber wurde von der verantwortlichen Beamtenorganisation wieder umgeworfen. Eine Streikdrohung sei der Regierung nicht übermittelt worden, und von Seiten der Organisationen besteht eine Streikgefahr nicht.

Die Zuschrift führt dann lebhafte Beschwerden über den Ton, der in der bekannten Regierungserklärung den Eisenbahnern gegenüber angeklungen wurde.

### Das Spiel mit dem Feuer.

#### Kriegsbeschädigte als spartakistisches Kanonenfutter.

Unsere Mitteilung vom 8. April hat den Fuchs aus dem Bau gelockt. In der „Freiheit“ meldet sich der „Internationale Bund der Kriegsbeschädigten“, der bekanntlich als spartakistische Abspaltung vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten entstanden ist. Er bekennt sich zu dem Plane der von uns gekennzeichneten Demonstration. Natürlich habe diese nur „reine sachliche Ziele“ gehabt, um die berechtigten Forderungen der Kriegsbeschädigten durchzusetzen, und es zeugt von der ganzen Gemeinheit des „Vorwärts“, wie er hier gegen die armen Kriegsbeschädigten Stellung nehme usw. usw.

Demgegenüber stellen wir kurz folgendes fest: Gründer und geistiger Leiter des „Internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten“ ist der Kommunist Karl Tiedt. Dieser Tiedt hat schon am 5. Januar 1919, damals noch Angehöriger des Reichsbundes, versucht, die Kriegsbeschädigten in den an diesem Tage ausbrechenden Liebesmessen bulsch hinanzuziehen und zur Avantgarde der kommunistischen Kämpfer zu machen. An jenem Tage stellten sich Tiedt und einige Gefinnungsgrößen mit einem Plakat, das die Kriegsbeschädigten aufrief, in der Sieges-Allee (dem Sammelplatz der Spartakisten in diesen Tagen) auf. Aber die erwarteten Massen der Kriegsbeschädigten blieben aus und nur daran scheiterte damals der laubere Plan, die spartakistischen Overhansen hinter einem Schutzwall von Kriegsbeschädigten zu bergen und die Regierungstruppen mit dem Obium zu besetzen, auf Kriegsbeschädigte geschossen zu haben.

Das Verhalten Tiedts an jenem Tage ist einwandfrei festgestellt und von ihm in mehreren Sitzungen des Reichsbundes, bei die damit befaßten, im wesentlichen aufgefunden worden. Daraus kann wohl jeder ersehen, was Tiedt und seine Gefolgschaft vom 5. Januar mit ihrer jetzt geplanten Demonstration beabsichtigt haben. Der Mann, der nachweislich schon einmal versucht hat, die Kriegsbeschädigten zum spartakistischen Kanonenfutter zu machen, ist in der Tat sehr glaubwürdig, wenn er jetzt den harmlosen marxiert. Den Kriegsbeschädigten sollte klar werden, welches Spiel Tiedt und Genossen mit ihnen getrieben wird.

### Die Folgen der bayerischen Vorgänge.

Bern, 10. April. Die Züricher Korrespondenten der Hauptministerien Pariser Presse, besonders die Korrespondenten von „Matin“ und „Action Française“, suchen die bayerische Sowjetbewegung für die Kubanpolitik auszusprechen, indem sie von einem separatistischen Bolschewismus sprechen, der in diesen Mächten bereits eine Hoffnungen auf eine Aufteilung Deutschlands erweckt läßt.

## Sozialisierungskommission und Reichswirtschaftsamt.

### Ein Protest.

Aus Kreisen der Sozialisierungskommission wird und geschrieben:

Der „Vorwärts“ hat die Nachricht vom Austritt der Sozialisierungskommission mit dem Wunsche begleitet, der Konflikt möge möglichst bald in gutem Sinne aus der Welt geschafft werden. Die Erklärung „von zuständiger Stelle“, d. h. wohl aus dem Reichswirtschaftsamt, welche er inzwischen veröffentlicht hat, wird ihm und seinen Lesern wohl deutlich zeigen, um was es sich handelt. Zunächst: nicht handelt es sich um eine parteipolitische Angelegenheit; der Kommission gehören außer mehreren unorganisierten Gelehrten Mitglieder der beiden sozialdemokratischen und der demokratischen Partei an. Die Sozialisierungskommission hat alle Schwierigkeiten, die zwischen ihr und dem Reichswirtschaftsministerium bestanden, stets als sachlich gegebene aufgefaßt, begründet in dem Umstande, daß die Kommission von den Volksbeauftragten des 9. November ausgesprochen zu dem Zweck berufen worden war, die Sozialisierungspläne auszuarbeiten, während alle Probleme der volkswirtschaftlichen Gestaltung nach der alten Kompetenzteilung doch auch ohne weiteres dem Reichswirtschaftsministerium zufallen müssen, wofür dieses unverändert weiterbesteht. Wenn demgegenüber die Erklärung des Reichswirtschaftsministeriums den Konflikt aus persönlichen Empfindlichkeiten der Kommissionsmitglieder erklärt, so ist daraus nichts weiter zu entnehmen, als die Gemütsverfassung dieses Ministeriums im Verhältnis zu der Kommission: Man sucht niemand hinter dem Ofen, hinter dem man nicht selbst geessen hat. Dann aber fähig die Erklärung triumphierend fort, das Ministerium werde nun die Sozialisierung „allein“ durchführen, wie ihm das ja auch stets rechtlich und faktisch zugehört habe. Endlich allein, nicht wahr, meine Herren, darauf läuft deutlich alles hinaus! Man vertritt es nicht, daß freie, nicht bürokratisierte Männer mit amtlichen Befugnissen ausgestattet wurden und sich gleich von der ersten Sitzung ab dem Versuch des Wirtschaftsministeriums widersetzen, sie in den Apparat einzugliedern und so ihrer Meinungsfreiheit zu berauben. Man vertritt das um so weniger, als diese alten Behörden, welche ja auch den früheren Reichshöfen gebührt haben, sich unter Sozialisierung natürlich ganz etwas anderes vorstellen, als die aus den Reihen des Sozialismus und der Demokratie hervorgegangenen Mitglieder der Kommission. Als eine freie Gutachterkommission der Reichsregierung waren diese Männer zusammenberufen worden; zu einem Beirat eines Einzelressorts wollte man ihre Stellung herabdrücken, und wagt es dann, ihren Widerstand als persönliche Empfindlichkeit auszugeben. Höchst fatalerweise haben sie sogar etwas geleistet, wie anlässlich ihres Kohlenberichts Freund und Feind mit Hochachtung zum Ausdruck gebracht haben. Von all den großzügigen Plänen des Wirtschaftsministeriums dagegen hat die Welt bisher nichts gesehen als das Geschrei über die Kohlenwirtschaft, das auch nach der Ansicht gar sehr vieler von denjenigen Mitgliedern der Nationalversammlung, welche ihm aus politischen Gründen zustimmen zu müssen glauben, eine Phantasiearbeit ist. Schon im rein geschichtlichen Sinne, um vom Sozialismus ganz zu schweigen. Tut nichts, der Jude wird verbannt. Die Sozialisierungskommission ist verdrängt worden. Schon läßt das Ministerium durch andere Mächte verbreiten, daß es nicht abgeneigt sei, sich eine neue Kommission als Beirat anzuschließen, und schon läuft das Gerücht um, als ob auch andere Reichsstellen, in denen noch ein aufrechter Geist herrscht, vor dem Nachsitzen und Nachwillen des Reichswirtschaftsministeriums nicht mehr sicher seien. Hoffentlich ist der gemeinte Lesere überzeugt, daß alles, was geschieht, natürlich nur im Interesse des Sozialismus geschieht.

Die Mitglieder der Sozialisierungskommission haben jetzt offiziell dem Reichswirtschaftsministerium ihre Mandate zur Verfügung gestellt. Genosse Heinrich Cunow, der zusammen mit Otto Hue zu Anfang Dezember vorigen Jahres als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei in diese Kommission berufen wurde, ist, wie wir erfahren, schon im März ausgeschieden. Unter Hinweis auf die in der Sozialisierungskommission herrschende Spannung und seine Überlastung mit anderen Arbeiten hatte Cunow dem jetzigen Reichswirtschaftsminister, Genossen Wisell, seinen Austritt erklärt, der in Anbetracht der Umstände von Wisell unter Anerkennung der geleisteten Dienste genehmigt worden ist.

### Die Bedrückung der Sudetendeutschen.

Ein erschütterndes Bild der gegenwärtigen Leiden der Sudetendeutschen, eine podende Schilderung ihrer Bedrückung und Drangsalierung durch die tschechischen Nachbarn entwarf im Saale zum Schulbeiz in einer von etwa 1500 Personen besuchten Versammlung unser Genosse Josef Seliger, Kapitän, Landeshauptmann-Selbstvertreter von Deutsch-Böhmen. Wenn man die 3 1/2 Millionen Sudetendeutschen versetzen sollte, dann werden sie früher oder später die Mittel suchen und finden, sich zu befreien. In Europa könne es nur einen Frieden geben: den der absoluten Freiheit und Gerechtigkeit für alle Völker!

Außer Seliger sprachen noch das Mitglied der deutschböhmisches Landesregierung Genosse Schäfer-Reichenberg sowie das Mitglied der Freusiedler Landesversammlung Genosse Heilmann. Dieser erklärte, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft Deutschlands die Brüder aus den Sudetenländern mit offenen Armen und ohne Rücksicht darauf empfangen, ob sie für diese oder jene sozialistische Richtung eine Stärkung bedeuten. Die Versammlung, die vom österreichisch-deutschen Arbeiterausschuß einberufen war, nahm einstimmig eine Resolution an, in der sie gelobte, den Kampf des deutschböhmisches Volkes um sein Selbstbestimmungsrecht als ihre eigene Sache zu betrachten und zu unterstützen.

### Keine Einigung in der Metallindustrie!

Die Reichsregierung hatte für Freitag nachmittag den Verband Berliner Metallindustrieller sowie die Zentralstreikleitung zu einer Einigungsitzung eingeladen, um auf der Grundlage der vom gemeinsamen Kabinett in Aussicht gestellten gesetzlichen Regelung des Mitbestimmungsrechts eine Verständigung zur Beendigung des Angestelltenstreites herbeizuführen. Die Unternehmern haben es aber unter dem Vorwand, daß seitens der Angestellten noch keine endgültige Ablehnung des Schiedspruchs erfolgt sei, abgelehnt, zu der Sitzung zu erscheinen. Damit dürfte die letzte Möglichkeit, eine Fortsetzung und Verschärfung des Angestelltenstreits abzumenden, beseitigt sein.

Über die Stellungnahme des heute stich zusammen tretenden Oberleitungsverammlung kann nach dieser erneuten Herausforderung der Unternehmern kein Zweifel mehr bestehen.

## Zweiter Kätekongress.

(Fortsetzung aus dem Abendblatt.)

Am Antrag 41 (Schulantrag) spricht Loos (Dem.): Auch das Weisheit und das Seelenleben der Deutschen muß eine andere Zukunft bekommen. Die deutsche Gemütskrise muß mit neuem Geist erfüllt werden. Dies ist die Aufgabe der Schule. Hier liegen Möglichkeiten vor, die erfüllt werden müssen. Die Bildungsfragen müssen niedriger gerufen werden. Es muß eine Schulkonferenz einberufen werden, die in Weimar zusammenzutreten soll.

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Der Antrag 28 auf Schaffung eines Reichs-Soldatenrats begründet Reich-Struttgart. — Den Antrag 27 auf Abschaffung aller Ehrenzeichen mit Ausnahme des Verdienstordenabzeichens, Verbot der Führung des Adelsprädikats, Einführung der Offizierswahl durch die Mannschaften, Abschaffung der Verordnung vom 19. Januar 1919, betreffend die Kommandogewalt und Einführung der Volkswehr auf sozialistisch-demokratischer Grundlage begründet Folger.

Der Antrag 11 fordert die Auslösung der an der österreichischen Grenze in Schlesien stehenden Grenzschutztruppen.

Die Resolution 10 wendet sich gegen die Freiwilligenverbände in der jetzigen Form. Von der Reichsregierung wird gefordert, daß sie den Reichswehrminister nur amtierend lassen soll unter der Mitwirkung eines Reichs-Soldatenrats.

Wagner (Soz.): Wir fordern ein Volksheer auf der Grundlage der allgemeinen Dienstpflicht. Wenn wir in der Lage sein werden, dieses Volksheer einzurichten, dann werden wir auch bald die Soldatenräte entbehren können. Unter den heutigen Verhältnissen brauchen wir aber die Soldatenräte. Eine Vertretung dieser Räte bei dem Reichswehrminister ist unbedingt geboten. Diese Vertretung soll nach dem Antrage aus neun Mitgliedern bestehen; sie soll die oberste Instanz der Soldatenräte bilden. Damit kann man einverstanden sein.

Ein Antrag Geper-Leipzig fordert die sofortige Einstellung aller Schritte zur Einführung des allgemeinen Volksherrers. Er schließt sich in der Begründung der Forderung eines Reichs-Soldatenrats an.

Hägel-Wein (Dem.): Auch wir wollen keine Wiederherstellung des alten Militarismus. Auch wir fordern ein Volksheer. Aber wir wollen ein Volksheer, das begründet ist auf der Unterordnung des Einzelnen unter das Ganze. Die Ehrenzeichen, die verliehen sind, sollen die damit Belachten behalten dürfen. Wegen Neuverleihungen von Ehrenzeichen wenden auch wir uns. Schließlich ist unsere Stellung zum Adelsprädikat. Wer beim Schreiben seines Namens etwas mehr Linie verbrauchen will, dem sollte man diesen kleinen Luxus gönnen. (Heiterkeit und Beifall.)

Rein-Fraustadt: Ich komme aus einer Gegend, in der der Grenzschutz sehr notwendig war. Wenn die Regierung zur rechten Zeit ein tüchtiges Regiment nach Wesen geschickt hätte, dann wäre noch die ganze Provinz in deutschen Händen. Wie die Dinge heute stehen, können wir an die Zurückziehung der Grenzschutztruppen nicht denken.

Dirreiter (Soz.): Wie aus dem Kreise Waldenburg haben dem Reichswehrminister ein ganzes Bündel von Anlage-material zugesandt, das die Moral der Grenzschutztruppen in sehr ungünstigem Maße erscheinen läßt. Besonders unangenehm machen sich die Truppen durch wüßtes Hamstern bemerkbar. Wir haben im Waldenburger Bezirke eine arbeitstreibende Arbeiterkraft, die seit dem 9. November noch nicht einen einzigen Tag gestreikt hat. Wollen Sie (zur Regierung) darin eine Aenderung, dann lassen Sie die Grenztruppen in diesem Bezirke. Wo die Grenztruppen notwendig sind, da muß man sie als notwendiges Übel lassen. In unserem Bezirke sind sie nicht nötig, wir wünschen ihre Zurückziehung.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Bei der Abstimmung wird der Antrag 11 angenommen. Wagner (Soz.) stellt folgenden Antrag: Wir fordern die Errichtung eines Volksherrers auf der Grundlage der allgemeinen Dienstpflicht. Bis zur Schaffung dieser Volkswehr erhalten die Soldatenräte eine Vertretung beim Reichswehrminister, die in allen Fragen mitbestimmen soll mit Ausnahme der Verwendung der Truppen.

Die Resolution gegen die Freiwilligenverbände wird mit großer Mehrheit angenommen. Antrag 28 der Soldatenfraktion fordert einen aus neun Mitgliedern der Soldatenfraktion bestehenden Reichs-Soldatenrat, der als oberste Instanz der Soldatenräte gesetzlich festzulegen ist, und die Verordnungen des Reichswehrministers gegenzugucken hat.

Die Abstimmung über den Antrag gescheitelt sehr bewegt. Zweimal ergibt sie ein falsches Resultat. Jedesmal, wenn sich die Mitglieder der Mehrheitsfraktion gegen den Antrag erheben, empfangen sie die Unabhängigen mit ironischen Rufen, wie: Woher Regt über! Dell Dir im Siegesgang. Bei der dritten Abstimmung gibt der Präsident Richard Müller bekannt, daß der Antrag mit 109 gegen 105 Stimmen angenommen ist. Dies Resultat ist bei den Unabhängigen und bei der Soldatenfraktion ungeheuren Jubel aus, wird aber von der Mehrheit unter harter Erregung angezweifelt. Nunmehr beantragt Traub (L. Soz.) namentliche Abstimmung. Gegen einen Teil der Mehrheitsfraktion und die Stimmen der Unabhängigen wird beschlossen, daß auch die Deutsch-Oesterreicher an der Abstimmung teilnehmen. Dieser Beschluß veranlaßt eine lange Debatte, in der zunächst Hägel (Dem.) das Wort ergreift, um gegen den Beschluß zu protestieren. Heller (L. Soz.), Kaliski (Soz.) und Schröder (Soldatenfraktion) nehmen gegen die Demokraten Stellung. Schließlich wird als Resultat der Abstimmung bekanntgegeben, daß der Antrag auf namentliche Abstimmung mit 101 gegen 125 Stimmen abgelehnt worden ist. Antrag 27, welcher die Abschaffung aller Orden, Mannabzeichen, des Adels und der Standesunterschiede, die Wahl der Offiziere durch Soldaten und die Ungültigkeitserklärung des Gesetzes über die Kommandogewalt und die daraus entstehenden Verordnungen verlangt, wird angenommen.

Der Antrag Wagner (Soz.) wird gegen die Stimmen der L. Soz. angenommen. Nach einer ausgedehnten Geschäftsordnungsdebatte befaßt sich das Haus, sich heute zu vertagen und morgen den zweiten Punkt der Tagesordnung in Beratung zu nehmen. Auf Antrag der L. Soz. erhält dazu Däumig das Korreferat.

Nächste Sitzung Sonnabend, 9 Uhr. Schluß 4 Uhr.

Zu der Behauptung von Volk in der Freitagvormittag-Sitzung, ihm habe ein Bruder des verhafteten Brandes mitgeteilt, daß Brandes sich nicht in ansässiger Haft befinde, sondern hundert müße, können wir folgenden mitteilen: Der Beschwerdeführer war nicht ein Bruder von Brandes, sondern der mit Brandes zusammen verhafteten Regel. Seine Beschwerde ging dahin, daß sein Bruder Gefangenentrost bekäme, obwohl er leidend sei. Wie uns der Beschwerdeführer selbst mitteilt, ist auf seine Beschwerde hin eine Verringerung eingetreten, und zwar bereits seit Donnerstag.

## Industrie und Handel.

Gesellschaft für Kohlentechnik m. b. H. Unter diesem Namen hat sich eine Reihe rheinisch-westfälischer Kohlen- und Eisenwerke gebildet mit der Aufgabe, die wissenschaftlichen Ergebnisse auf dem Gebiete der Steinkohlenforschung praktisch zu erproben und auszubauen. Die Gesellschaft soll also in erster Linie ein Studienunternehmen sein und eine Vorstufung für den enger begrenzten Kreis von Interessenten werden, wie solche in ähnlicher Weise bereits in der deutschen chemischen Großindustrie existieren. Die Unternehmungen, die sich der Gesellschaft angeschlossen haben, versprechen sich von ihr eine Förderung der Kohlenforschung überhaupt und insbesondere der wissenschaftlichen Auswertung der Steinkohle, die ja in einer Zeit, wo wir die schwarzen Diamanten so nötig für die Ausfuhr brauchen, von größter Bedeutung ist.

# Gewerkschaftsbewegung

## Politische Maßregelungen.

Schlimmer als das brutale, von reaktionärer Gesinnung erfüllte Unternehmertum treiben es gegenwärtig die unabhängigen Kräfte, wo sie in den Gewerkschaften Oberwasser erlangen haben. Nichtsdestowen werfen sie diejenigen Gewerkschaftsangehörigen auf's Pfahleisen, die nicht im Geruch unabhängiger Gesinnung stehen. So gibt der „Gewerkschaftliche Nachrichtenendienst“ eine Zuschrift aus Leipzig wieder, wonach die dortigen Unabhängigen bisher die Entlassung bzw. Nichtwiederwahl folgender Angestellten vorgenommen haben:

- Bauerfeld, 41 Jahre alt, 8 Jahre Angestellter des Bauarbeiterverbandes,
- Fromm, 52 Jahre alt, 17 Jahre Angestellter des Metallarbeiterverbandes,
- Rose, 56 Jahre alt, 21 Jahre Angestellter des Zimmererverbandes,
- Schmidt, 60 Jahre alt, 10 Jahre Angestellter des Transportarbeiterverbandes,
- Seride, 47 Jahre alt, 15 Jahre Angestellter des Holzarbeiterverbandes,
- Thrich, 56 Jahre alt, 23 Jahre Angestellter des Holzarbeiterverbandes,
- Seidewitz, 40 Jahre alt, 12 Jahre Angestellter des Holzarbeiterverbandes,
- Vogel, 37 Jahre alt, 7 Jahre Angestellter des Holzarbeiterverbandes,
- Rose, Angestellter des Eisenbahnerverbandes,
- Wienke, 43 Jahre alt, 6 Jahre Angestellter des Buchbinderverbandes,
- Sattich, 46 Jahre alt, 14 Jahre Arbeitersekretär.

Nachdem der letztgenannte vom Gewerkschaftsamt die Kündigung erhalten hatte, haben sich die übrigen Sekretäre des Arbeitersekretariats, die ebenfalls auf der Liste der „Anrührigen“ standen, mit ihm solidarisch erklärt und ebenfalls ihre Kündigung eingereicht.

Das Leipziger Beispiel sieht nicht vereinzelt da; auch in Berlin werden Gewerkschaftsangehörige auf's Pfahleisen geworfen und dafür Personen gewählt, deren Befähigung zum gewerkschaftlichen Führerberufe sehr in Zweifel gezogen werden muß. Nun, die Zeit wird kommen, wo auch unter den Gewerkschaftsmitgliedern eine große Ermüdung Platz greift.

## Ve tragabschluß im Brauergewerbe.

Ueber die von den Brauereiarbeitern aufgestellten Forderungen hat die Lohnkommission mit dem Verein der Berliner Brauereien verhandelt und folgende Vereinbarung erzielt:

Die wöchentliche Arbeitszeit wird von 48 auf 46 1/2 Stunden herabgesetzt, und zwar so, daß an fünf Tagen der Woche je acht Stunden, an einem in den einzelnen Betrieben unter Mitwirkung der Arbeiter zu bestimmenden Tage 6 1/2 Stunden gearbeitet wird. Ein für allemal fällt die Verkürzung auf die Tage vor Weihnachten, Ostern, Pfingsten sowie vor dem 1. Mai und 9. November, falls diese zu Nationalfeiertagen erklärt werden. In den Betrieben mit drei Schichten bleibt die Arbeitszeit unverändert, da hier die Pausen mitbezahlt werden. Der Wochenlohn beträgt für gelernte Arbeiter Grundlohn 80 M., Zulage 40 M., im ganzen 120 M., für ungelernete Arbeiter Grundlohn 75 M., Zulage 40 M., insgesamt 115 M. Die Lohnhöhung wird vom 1. April nachgezahlt, ohne Rücksicht darauf, ob die Brauereien eine Erhöhung des Bierpreises erhalten oder nicht. Die an Stelle von Brauereiarbeitern ungelerneten Arbeiter erhalten den Brauerlohn. Die Vergütung für nicht getrunkenen Hausbier wird von 18 auf 24 Pf. pro Liter erhöht. Urlaub mit Fortzahlung des Lohnes wird gewährt nach einer Beschäftigungsdauer von einem halben Jahre: drei Tage, nach einem Jahre: vier Tage, nach zwei Jahren: sechs Tage, nach drei Jahren: acht Tage, nach vier Jahren: zehn Tage, nach fünf Jahren: zwölf Tage (zwei Wochen). Ueber die Ausführung verschiedener Einzelheiten der Vereinbarungen verhandelt die Kommission weiter. Der Tarif mit den vereinbarten Bedingungen wird auf ein Jahr abgeschlossen werden. Am Freitagabend erklärte sich eine Versammlung der Brauereiarbeiter einstimmig mit den Vereinbarungen einverstanden.

„Der Bureauangestellte“, das Organ des Verbandes der Bureauangestellten Deutschlands, konnte am 1. April sein 25jähriges Jubiläum begehen. Im Verlaufe dieser 25 Jahre hat das Blatt eine gewaltige Arbeit für die Lösung der sozialen Lage der Bureauangestellten geleistet. Diese Arbeit verdient um so mehr Anerkennung, als es sehr schwer war, die Berufsschicht der Bureauange-

stellten unter dem Banner der modernen Gewerkschaftsorganisation zu sammeln und den gemeinsamen Kampf um die Erbringung besserer Existenzbedingungen aufzunehmen. Die letzte Nummer des „Bureauangestellten“ erscheint in feierlicher Aufmachung und in mehreren Artikeln wird die soziale Mission des Blattes für die Besserstellung der Berufsangehörigen eingehend gewürdigt.

## Der Prügelnabe Zivilmilitär.

Aus dem Bureau des Verbandes der Zivilberufsmilitär erhalten wir zu diesem Thema noch eine Zuschrift, der wir folgendes entnehmen:

Noch immer wird nach der alten Schablone, nach den Befehlen des verstorbenen Obrigkeitstaates von unseren Behörden gearbeitet und verfügt. Soweit die berechtigten Forderungen der Zivilmilitär in bezug auf die Konkurrenz der Beamten und Militärmilitär in Frage kommen, ist so ziemlich alles beim alten geblieben. Die von den Behörden auf unsere eingereichten Forderungen, den Beamten das nebenamtliche Militärdienst auszusagen zu verbieten, erhaltenen Antworten sind von dem gleichen Geist durch-

## Erster Tag!

Brandenburg'scher Sinn, Brandenburg'sches Streben, zeichnet 4 1/2 % Brandenburgische Kommunal-Anleihe 1919 Jede Sparte, jede Bank ist Vermittlungsstelle.

drungen, wie vor den Zeiten der Revolution. Das Reichsministerium des Innern kann es nach immer nicht einsehen, daß die Militär ein Recht darauf haben, in ihrer beruflichen Tätigkeit vor der Beamtenkonkurrenz geschützt zu werden, daß sie nicht ständig von den aus allgemeinen Mitteln besoldeten Beamten in ihrem Kampf um tägliche Brot in den Rücken gefallen werden.

Befremdlich ist die letzte Verordnung des Demobilisationsamtes betr. Entlassung Auswärtiger. Wie bekannt, sind Ordrestermittler, ohne Rücksicht auf den Kunstwert der Leistungen, von der Verordnung ausgeschlossen. Es können also die vielen Ausländer, die nach der Revolution in Berlin eingewandert sind, getroffen zum Schaden der Anfähigen in den Orchestern weiter tätig sein, auch wenn es nur kleine Ordrester sind, wie z. B. in den Orchestern. Um die Wirkung der beabsichtigten Verordnung auf die Militär resp. deren Betriebe festzustellen, hat das Demobilisationsamt sich an die Arbeitgeber gewandt, aber nicht die Arbeitnehmer gehört.

Zum Schluß sei die Frage an den Reichswehrminister Herrn Koste erlaubt: Wie lange will der Herr Minister es mit ansehen, daß die Militärkapellen der freiwilligen Soldatenwehren den Musikern die besten Geisäfte abnehmen, wie lange will er es dulden, daß sie den Musikern Konkurrenz bereiten; soll es gestattet sein, daß die Militär der Wehren neben ihrer Vergütung für die Dienste, die sie der Republik leisten, den Zivilmusikern das Brot wegnehmen? Siegf ist schnelle Entscheidung notwendig, da der Sommer vor der Tür steht und die Sommergehalte zum größten Teil in den Händen dieser Kapellen liegen.

„Der Hachgenosse“, das Verbandsorgan der Glasarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands, kann in seiner neuesten Nummer mitteilen, daß die Auflage bereits 30 000 Exemplare erreicht hat. Vor dem Kriege betrug dieselbe nur 20 000.

## Streik im Groß-Berliner Buchhandel?

Bereits vor mehreren Monaten haben die Angestellten im Groß-Berliner Buchhandel durch ihre Organisation, den Angestelltenverband des Buchhandels, Buch- und Zeitungsgewerbes an die Arbeitgeber das Ersuchen gerichtet, in Verhandlungen zwecks Abschluß eines Tarifvertrages einzutreten. Nach wochenlangem Schweigen erklärten sich die Arbeitgeber schließlich bereit, in Vorbereidungen einzutreten. Die Angestelltenvertreter ließen keinen Zweifel, daß es ihnen vor allem darauf ankomme, eine Befestigung der unerschütterlichen wirtschaftlichen Notlage herbeizuführen, während die Arbeitgeber sich hinter der angeblichen Notwendigkeit zu kritischer Erhebung versteckten. Wie die Vollversammlung des Angestelltenverbandes des Buchhandels, des Buch- und Zeitungsgewerbes am Donnerstag zeigte, kann die Erregung unter den Angestellten nur durch sofortige Aufnahme der Verhandlungen beigelegt werden. Die Versammlung stellte den Arbeitgebern eine letzte Frist bis zum

15. April und erklärte, jede Verantwortung für die Folgen ablehnen zu müssen, wenn bis zu diesem Tage nicht in Verhandlungen eingetreten würde. Da gleichzeitig auch für das Buch-, Druck-, Papier- und Zeitungsgewerbe Verhandlungen verlangt werden, und fernar sich die im Deutschen Transportarbeiterverband organisierten Handelskassensarbeiter, Markthelfer, Väder, Aufseher usw. mit den Angestellten solidarisch erklärt haben, muß damit gerechnet werden, daß bei mangelndem Entgegenkommen der Arbeitgeberverbände im Buchhandel, Buch- und Zeitungsgewerbe ein Generalstreik sämtlicher Angestellten und Arbeiter ausbricht.

## Achtung Glasindustrie!

Die Obleute der Angestelltenvereine und die Vertrauensmänner der Glasindustrie werden gebeten, ihre Adressen der Hochgruppe 19 des Zentralausschusses der Angestelltenvereine Groß-Berlin, N.W. 52, Weststr. 7, Sektion Glasindustrie, anzugeben.

## Eine aufgehobene Maßregelung im Siemenskonzern.

Wir berichten kürzlich von der Maßregelung des Schmannes der Kriegsbefähigten Gerhard Reiff. Jetzt hat der Schlichtungsausschuß die Firma zur Wiedereinstellung und Bezahlung des entgangenen Arbeitsverdienstes verurteilt.

## Versammlungen am heutigen Sonnabend.

**Angestellte des Siemenskonzerns!** Für die Angestellten sämtlicher Werke findet nachmittags 1 Uhr im Rufus Saal, am Bahnhof Böse, eine Vollversammlung statt. Thema: Die jetzige Lage. Die einzelnen Streikabschlüsse sind nur bis 11 Uhr zur Entgegennahme von Meinungen geöffnet. Legitimation mitbringen.

**Verband der Vorkriegsarbeiter und Arbeiterinnen.** Zahlreiche Versammlung im „Dresdener Garten“, Dresdener Str. 45. Wichtige Beschlüsse der Jahreshilfe Berlin.

**Funktionäre der Kriegsgesellschaften.** Am Montag, den 14. April, abends 7 Uhr, findet im Hoftheater der Künstlervereine, Kaiser-Wilhelm-Str. 31, eine Funktionär-Versammlung der Vertrauensleute und Betriebsleiter des Zentralverbandes der Handlungsgeschäftlichen statt. Zur Verhandlung stehen interne Berufs- und Organisationsfragen aus den Kriegsgesellschaften. Verhandlungslegitimationen sind mitzubringen.

**G. Lorenz, Tempelhof N.O.** Die Arbeiterchaft wird ersucht, am Montag, den 14. 4., 11 Uhr vormittags, nicht um 1/2 9 Uhr, sich zur Lohnzahlung einzufinden. Der Betriebsrat.

**Deutscher Wertmeister-Verband.** Obleute und Betriebsvertrauensleute der Metallindustrie des Deutschen Wertmeister-Verbandes versammeln sich mittags 12 Uhr im „Rosenhauer Hof“, Rosenhauer Str. 11/12.

**Schwarztopf.** Nachmittags 3 Uhr, „Sonnensalle“, Adlerstr. 6/7. Wichtige Beschlüsse.

**Dr. Paul Meyer N.O.** Vormittags 10 Uhr, Betriebsversammlung „Arbeits-Saal“, Zehner, Ecke Müllerstr.

**Knoor-Bremse Str.-Gei.** Die für Sonnabend, den 12. April, angekündigte Streikversammlung muß auf Sonntag, vormittags 10 Uhr, verschoben werden.

**Die freitenden Beamten der Deutschen Bank** versammeln sich vormittags 10 Uhr, in den „Germania-Brachhän“, Chausseestraße.

**Beamtenrat der Eisenbahndirektion.** Abends 6 Uhr: Versammlung des Betriebs, Betriebs-, Bureau- und Geschäftsleitungsbeamten in der „Stadthalle“, Eingang Klosterstr. Tagesordnung: Der Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft.

## Sonntag, den 13. April.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.** Vormittags 10 Uhr. Bau- und Holzarbeiter: Branchen-Versammlung im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 18, Saal 3. Tagesordnung: 1. Verband- und Branchenangelegenheiten. 2. Diskussion u. Verschiedenes.

Vormittags 9 Uhr. Branchenversammlung der Eisen-, Metall- und Holzarbeiter und -Arbeiterinnen sowie Kund- und Kleinfabrikanten in den „Kammerböden“, Zehnerstr. 14. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Richard Müller. 2. Neuwahl der Branchenkommission. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

**Werkzeugmacher.** Versammlung aller Vertrauensleute oder deren Stellvertreter am Vordel von E. Hof, Brunnenstr. 101. Tagesordnung: 1. Aussprache über unser Abkommen mit den Unternehmern. 2. Verschiedenes. Jeder Betrieb muß vertreten sein.

Vormittags 11 Uhr. Branchenversammlung der Emaillierer und verwandten Berufs im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 18. Tagesordnung: 1. Vortrag über: „Das Rätsel vom“. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Diskussion und Verschiedenes.

**Bergmann Elektrizitätswerke, Rosenthal.** Vormittags 10 Uhr: Versammlung im Streiklokal.

**Bergmann Elektrizitätswerke, Berlin.** Vormittags 9 Uhr: „Germania-Saal“, Chausseestraße 103.

**N.O.-Zentralverwaltung Friedrich Karl-Str.** Form. 10 Uhr in den „Brachhän des Westens“, Zehnerstr. 3 (Untergrundbahn Kühlenberg Platz). Eintritt nur gegen Ausweis.

**Oranien & Koppel N.O.** Form. 10 1/2 Uhr, Vollversammlung, Brauertr. 14, Bergmannstr. 3/7.

Verantwortlich für Politik: Helmut Jäger, Charlottenburg. Für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Schatz, Rent-Dir. für Angewandte Technik, Berlin. Verlag: Verlags-Berlin G. m. b. H., Berlin, Franz-Börsch-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. in Berlin, Lindenstraße 3. Seite 2. Beilage.

# Frühjahrs-Neuheiten

in reicher Wahl

- Kostüme** beste Verarbeitung auf Seide 195.— 248.— 385.—
- Sportjacken** in schönen Farben 55.— 87.— 126.—
- Uebergangs-Mäntel und Paletots** in flotten Formen, alle Stoffarten 125.— 198.— 265.—

Reichhaltiges Lager in Rücken, Blusen und garnierten Kleidern aus Seide, Wolle, Voile usw.

**Kinder- und Backfisch-Konfektion** in reizenden Ausführungen. Kriegsanleihe wird in Zahlung genommen.

**Oskar Wollburg,** Berlin N., Brunnenstr. 56 u. 57.



Garnierte Kleider, Jackenkleider, neueste Formen

**Zähne** mit u. ohne Gummipolierplatte, Kronen, Brücken, Plomben jed. Art, mod. Goldtechnik, Umarbeit. schlechtes Gebisse, Reparatur sch. Schmerzlos. Zahnziehen. Mäßige Preise evtl. Teilzahlung. **M. Löser, nur Brunnenstr. 185,** w. Rosenthal-Pl. u. Invalidenstr. Sprechst. 9-7, Sonnt. 9-12 Uhr

**Zigaretten** 50 1/2 Tabak, Erstes Fabrikat, billige abzugeben, Off. S. 3491 an Haube & Co., Berlin SW 19. 70/11

# AMBI. DACHSTEIN-Maschine für Handbetrieb

AMBI Abt. II Charlottenburg 9.



**Uhren, Gold- u. Silber-waren, Brillanten.** Reichhaltiges Lager in allen Preislagen bei **Max Busse** Berlin N 54, Brunnenstr. 175-177 an der Invalidenstr. :: Größtes und fachmännisch geleitetes Spezialgeschäft. ::

Neu eingetroffen: **Wanduhren, Standuhren, Wecker.**

**Gartenstädte:** Neu-Seegefeld, Neu-Zintentrug, Waldheim, ca. 1/2 Std. Vorort von Berlin, geeignet zur Gründung von Eigenheimen. Gas und Wasser vorhanden. Elektrischer Anschluss gesichert. — Auskunft:

**Deutsche Anleihebank Berlin,** Kurfürstendamm 17. Vertretung: Steingasse 47/5. 702\*

**Möbel-Cohn** (im Osten: Große Frankfurter Str. 58 (5 Minuten vom Alexanderplatz) im Norden: Badstraße 47/48) **Möbel** gegen bar oder Teilzahlung Spezialität: **Bürgerliche Wohnungseinrichtungen** Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Polsterwaren, farbige Küchen, einzelne Möbel. Riesen-Auswahl — Billigste Preise. Sehr kalante Bedingungen und größte Rücksichtnahme. Lieferung frei Haus. **Möbel** Liefere auch nach auswärt. Kriegsanleihe und Sparkassenbücher nehme gern als Anzahlung.